



Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen

2024	Ausgegeben zu Erfurt, den 26. April 2024	Nr. 5
------	--	-------

Tag	Inhalt	Seite
28.03.2024	Thüringer Gesetz zu dem Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrags.....	45
28.03.2024	Thüringer Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen.....	48
28.03.2024	Thüringer Gesetz zur Erstattung von Mehrkosten nach dem Zweiten, Neunten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch für das Jahr 2024 aufgrund des Rechtskreiswechsels von aus der Ukraine Geflüchteten (ThürRkwErstG 2024).....	53
26.03.2024	Bekanntmachung der Abgrenzung der Wahlkreise für die Wahl zum Thüringer Landtag.....	60
08.04.2024	Dritte Verordnung zur Änderung der Thüringer Verwaltungskostenordnung für das amtliche Vermessungswesen.....	77

Thüringer Gesetz zu dem Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrags Vom 28. März 2024

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 2

§ 1

Dem am 13. Dezember 2023 in Erfurt vom Freistaat Thüringen unterzeichneten Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Berlin, dem Land Brandenburg, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Hessen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, dem Saarland, dem Freistaat Sachsen, dem Land Sachsen-Anhalt, dem Land Schleswig-Holstein und dem Freistaat Thüringen wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Die Präsidentin des Landtags wird ermächtigt, den Wortlaut des IT-Staatsvertrags in der vom Tag des Inkrafttretens des Zweiten Staatsvertrags zur Änderung des IT-Staatsvertrags an geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekannt zu machen.

§ 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 3 Abs. 1 Satz 1 in Kraft tritt, wird von der Präsidentin des Landtags im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekannt gemacht.

Erfurt, den 28. März 2024
Die Präsidentin des Landtags
Birgit Pommer

Zweiter Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrags

Das Land Baden-Württemberg,
 der Freistaat Bayern,
 das Land Berlin,
 das Land Brandenburg,
 die Freie Hansestadt Bremen,
 die Freie und Hansestadt Hamburg,
 das Land Hessen,
 das Land Mecklenburg-Vorpommern,
 das Land Niedersachsen,
 das Land Nordrhein-Westfalen,
 das Land Rheinland-Pfalz,
 das Saarland,
 der Freistaat Sachsen,
 das Land Sachsen-Anhalt,
 das Land Schleswig-Holstein und
 der Freistaat Thüringen
 sowie
 die Bundesrepublik Deutschland (im Weiteren "der Bund"
 genannt)

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1 Änderung des IT-Staatsvertrags

Der IT-Staatsvertrag vom 30. Oktober bis 30. November 2009 (BGBl. 2010 I S. 662), der durch Staatsvertrag vom 15. bis 21. März 2019 (BGBl. I S. 1126) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Präambel wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

"Die Verwaltungsdigitalisierung hat sich dabei als Daueraufgabe etabliert, die nur im föderalen Verbund erfolgreich bewältigt werden kann und die einen wesentlichen Beitrag für die digitale Transformation der Bundesrepublik leistet."

2. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 3 werden nach dem Wort "Verwaltungsleistungen" die Wörter "und kann aus dieser Zusammenarbeit resultierende Digitalisierungslösungen betreiben lassen" eingefügt.

- bbb) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

"4. steuert Produkte des informations- und kommunikationstechnisch unterstützten Regierens und Verwaltens und föderale, auch mehrjährige Projekte für die Verwaltungsdigitalisierung;"

- ccc) Nach Nummer 4 werden folgende Nummern 5 und 6 eingefügt:

"5. kann kurzfristig bund- und länderübergreifend einsetzbare digitale Lösungen für bestimmte Lebensbereiche zur Verfügung stellen oder projektieren;
 6. verantwortet das föderale IT-Architekturmanagement;"

- ddd) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 7.

- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort "Konferenz" die Wörter "der Chefin oder" und nach dem Wort "den" die Wörter "Chefinnen und" eingefügt.

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 1 wird das Wort "der" durch die Wörter "die oder der" ersetzt.

bbb) In Nummer 2 werden nach dem Wort "jeweils" die Wörter "eine oder" und nach dem Wort "Informationstechnik" die Wörter "zuständige Vertreterin oder" eingefügt.

- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort "ihre" die Wörter "Vertreterinnen oder" eingefügt.

- cc) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

"Drei Vertreterinnen oder Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände, die von den kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene entsandt werden, die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie die Präsidentin oder der Präsident der FITKO können an den Sitzungen des IT-Planungsrats beratend teilnehmen."

3. In § 2 Absatz 2 Satz 1 wird das Wort "Bürgern" durch die Wörter "Bürgerinnen und Bürger" ersetzt.

4. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"(4) Der IT-Planungsrat kann beschließen, alle Regelungen des Gründungsbeschlusses in die Satzung der FITKO zu überführen und den Gründungsbeschluss außer Kraft zu setzen. Hierzu bedarf es der Zustimmung aller Mitglieder des IT-Planungsrats."

- b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

5. In § 6 Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort "die" die Wörter "Beamtinnen und" eingefügt.

6. § 7 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden nach dem Wort "von" die Wörter "einer Präsidentin oder" eingefügt.
- bb) In Satz 2 wird das Wort "Er" durch die Wörter "Sie oder er" ersetzt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort "Der" durch die Wörter "Die Präsidentin oder der" ersetzt.
- bb) In Satz 3 wird das Wort "Der" durch die Wörter "Die Präsidentin oder der" ersetzt und werden nach dem Wort "beruft" die Wörter "eine Vertreterin oder" sowie nach dem Wort "Fall" die Wörter "ihrer oder" eingefügt.
7. In § 8 werden nach dem Wort "jeweiligen" die Wörter "Vertreterinnen oder" eingefügt.
8. § 9 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden nach dem Wort "ihrer" die Wörter "dauerhaften und temporären" eingefügt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- "(2) Die Vertragspartner verpflichten sich, für Projekte nach § 1 Absatz 1 Nummer 4 Mittel in angemessener Höhe zur Verfügung zu stellen. Bis zu 15 Prozent dieser Mittel können durch den IT-Planungsrat für digitale Lösungen nach § 1 Absatz 1 Nummer 5 nach Aufstellung und Genehmigung des Wirtschaftsplans bestimmt werden. Darüber hinaus wird mit jeder Aufstellung des Wirtschaftsplans auch die Höhe dieser Mittel jeweils für die folgenden drei Jahre geplant".
- c) In Absatz 3 Satz 3 werden nach dem Wort "Konferenz" die Wörter "der Chefin oder" und nach dem Wort "den" die Wörter "Chefinnen und" eingefügt.
- d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter "für einzelne Projekte oder Produkte" gestrichen.
- bb) In Satz 3 werden das Komma und die Wörter "ohne die auf das Digitalisierungsbudget entfallenden Beträge" gestrichen.
- cc) In Satz 4 werden die Wörter "über das Digitalisierungsbudget nach Absatz 2 zu finanzierenden Projekte und Produkte" durch "Finanzierung der Projekte nach Absatz 2" und wird die Angabe "35" durch "25" ersetzt.
- e) Absatz 7 wird aufgehoben.

9. In § 12 Absatz 3 Satz 2 wird das Wort "Beamten" durch die Wörter "Beamtinnen und Beamten" und das Wort "Versorgungsempfängern" durch die Wörter "Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern" ersetzt.

Artikel 2 Bekanntmachungserlaubnis

Der Bund und die Länder können den Wortlaut des IT-Staatsvertrags in der am Tag des Inkrafttretens nach Artikel 3 Absatz 1 Satz 1 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt und in den jeweiligen Landesgesetzblättern bekannt machen.

Artikel 3 Inkrafttreten

(1) Dieser Staatsvertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte Ratifikationsurkunde bei der Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt wurde. Sind bis zum 30. November 2024 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird dieser Staatsvertrag gegenstandslos.

(2) Die Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt Bund und Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde mit.

Für das Land Baden-Württemberg:
Der Ministerpräsident
Stuttgart, den 12. Dezember 2023
Winfried Kretschmann

Für den Freistaat Bayern:
Der Ministerpräsident
München, den 22. Dezember 2023
Markus Söder

Für das Land Berlin:
Der Bürgermeister
Berlin, den 7. Dezember 2023
Kai Wegner

Für das Land Brandenburg:
Der Ministerpräsident
Potsdam, den 27. November 2023
Dietmar Woidke

Für die Freie Hansestadt Bremen:
Der Bürgermeister
Bremen, den 21. Dezember 2023
Andreas Bovenschulte

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:
Der Bürgermeister
Hamburg, den 19. Dezember 2023
Peter Tschentscher

Für das Land Hessen:
Der Ministerpräsident
Wiesbaden, den 30. November 2023
Boris Rhein

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:
Die Vizeministerpräsidentin
Schwerin, den 31. Dezember 2023
In Vertretung Simone Oldenburg

Für das Land Niedersachsen:
Der Ministerpräsident
Hannover, den 27. Dezember 2023
Stephan Weil

Für das Land Nordrhein-Westfalen:
Der Ministerpräsident
Düsseldorf, den 28. Dezember 2023
Hendrik Wüst

Für das Land Rheinland-Pfalz:
Die Ministerpräsidentin
Mainz, den 29. November 2023
Malu Dreyer

Für das Saarland:
Die Ministerpräsidentin
Saarbrücken, den 21. Dezember 2023
Anke Rehlinger

Für den Freistaat Sachsen:
Der Ministerpräsident
Dresden, den 19. Dezember 2023
Michael Kretschmer

Für das Land Sachsen-Anhalt:
Der Ministerpräsident
Magdeburg, den 21. Dezember 2023
Dr. Reiner Haseloff

Für das Land Schleswig-Holstein:
Der Ministerpräsident
Kiel, den 21. Dezember 2023
Daniel Günther

Für den Freistaat Thüringen:
Der Ministerpräsident
Erfurt, den 13. Dezember 2023
Bodo Ramelow

Für die Bundesrepublik Deutschland
Die Innenministerin
Berlin, den 21. Dezember 2023
Nancy Faeser

**Thüringer Gesetz
zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens
über die Errichtung und Finanzierung des Instituts
für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen
Vom 28. März 2024**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Dem am 7. Dezember 2023 in Erfurt vom Freistaat Thüringen unterzeichneten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Berlin, dem Land Brandenburg, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Hessen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, dem Saarland, dem Freistaat

Sachsen, dem Land Sachsen-Anhalt, dem Land Schleswig-Holstein und dem Freistaat Thüringen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 2 in Kraft tritt, wird von der Präsidentin des Landtags im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekanntgemacht.

Erfurt, den 28. März 2024
Die Präsidentin des Landtags
Birgit Pommer

Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen

schließen, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer gesetzgebenden Körperschaften, folgendes Abkommen:

Artikel 1

Das Abkommen über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen vom 14. Oktober 1970, geändert durch das Abkommen vom 20. Dezember 2001, wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Das Land Rheinland-Pfalz errichtet das Institut für medizinische, pharmazeutische, zahnmedizinische und psychotherapeutische Prüfungen (IMPP) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Mainz. Das Institut kann an geeigneter Stelle auf den Zuständigkeitsumfang nach Artikel 2 Absatz 1 verweisen."

b) In Absatz 3 werden die Worte "Der für das Gesundheitswesen zuständige Minister" durch die Worte "Das für gesundheitspolitische Angelegenheiten zuständige Ministerium" ersetzt.

2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Das Institut steht den zuständigen Stellen der Länder nach Maßgabe der Approbationsordnung für Ärzte vom 27. Juni 2002 (BGBl. I S. 2405), der Approbationsordnung für Apotheker vom 19. Juli 1989 (BGBl. I S. 1489), der Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten vom 4. März 2020 (BGBl. I S. 448) und der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen vom 8. Juli 2019 (BGBl. I S. 933) jeweils in der jeweils geltenden Fassung sowie der Ausbildungs-

und Prüfungsverordnung für Psychologische Psychotherapeuten vom 18. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3749) und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten vom 18. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3761) in der bis zum 31. August 2020 geltenden Fassung für folgende Aufgaben zur Verfügung:

1. Erstellung und fortlaufende Bearbeitung der Gegenstände, auf die sich die Prüfungen nach den Vorgaben der jeweiligen Rechtsgrundlage beziehen,
2. Erstellung und fortlaufende Bearbeitung der Vorgaben zur Zusammenstellung der in Nummer 1 genannten Prüfungen,
3. Erstellung der Prüfungen nach Nummer 1 mit den dazugehörigen Bewertungsvorgaben und Bereitstellung der standardisierten Prüfungsunterlagen,
4. Erstellung der Vorgaben zur Qualitätssicherung der Prüfungsaufgaben sowie Durchführung der gesetzlich erforderlichen Schulung von Prüferinnen und Prüfern und Simulationspatientinnen und -patienten für die Prüfungen nach Nummer 1,
5. Aufstellung der Zeitpläne für die einheitlichen Prüfungstermine und
6. Auswertung der Prüfungen und Mitteilung der Auswertungsergebnisse."

b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Worte "Minister (Senatoren)" durch die Worte "Ministerinnen und Minister (Senatorinnen und Senatoren)" ersetzt.

c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

"(2a) Die zuständigen Stellen jedes Landes übermitteln dem Institut die Daten über das Bestehen oder Nichtbestehen der Prüfung der jeweiligen Prüfungskandidatinnen und -kandidaten hinsichtlich aller nach den in Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften durchgeführten Prüfungen. Das Institut verwaltet diese Daten als zentrale Stelle und unterrichtet die zuständigen Stellen der anderen Länder auf Nachfrage unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Grenzen, wenn ein Prüfungsabschnitt endgültig nicht bestanden worden ist."

d) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort "kann" die Worte "mit Zustimmung des Verwaltungsrates" eingefügt.

3. Artikel 3 erhält folgende Fassung:

"Artikel 3

Die vertragschließenden Länder verpflichten sich, dass ihre zuständigen Stellen nach Maßgabe der in Artikel 2 Abs. 1 genannten Rechtsvorschriften für die durchzuführenden Prüfungen

1. die vom Institut erstellten Prüfungen mit den dazu gehörigen Bewertungsvorgaben sowie die standardisierten Prüfungsunterlagen anerkennen und ausschließlich diese verwenden,
 2. einheitliche Prüfungstermine nach den vom Institut aufgestellten Zeitplänen durchführen,
 3. die Prüfungen vom Institut auswerten lassen und die Auswertungsergebnisse ihren Prüfungsentscheidungen zugrunde legen und
 4. die aus den Datenbeständen des Instituts abgeleiteten Gesamtverzeichnisse der endgültig erfolglosen Prüfungsteilnehmenden ihren Entscheidungen über die Zulassungen zu Wiederholungsprüfungen zugrunde legen."
4. In Artikel 4 werden die Worte "der Leiter" durch die Worte "die Leiterin oder der Leiter" ersetzt.
5. Artikel 5 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Dem Verwaltungsrat gehört je vertragsschließendem Land ein Mitglied an, das von der oder dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerin oder Minister (Senatorin oder Senator) bestimmt wird. Je ein weiteres Mitglied benennen die für das Finanzwesen und das Hochschulwesen zuständigen Ministerinnen und Minister des Landes Rheinland-Pfalz. Für jedes Mitglied des Verwaltungsrates wird eine Vertreterin oder ein Vertreter von der zuständigen Ministerin oder dem zuständigen Minister (Senatorin oder Senator) bestimmt."
 - b) Absatz 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Der Verwaltungsrat wählt auf die Dauer von zwei Jahren aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter."
 - c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden die Worte "Vertreters der vertragsschließenden Länder" durch die Worte "seiner Mitglieder" ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Worte "Der Vorsitzende" durch die Worte "Die oder der Vorsitzende" ersetzt.
 - cc) Nach Satz 3 wird folgender Satz angefügt:

"Sie oder er kann entscheiden, dass die Sitzung ganz oder teilweise unter Nutzung geeigneter Video- oder Telefonkonferenzsysteme durchgeführt wird."
 - d) Dem Absatz 5 werden folgende Sätze angefügt:

"Der Verwaltungsrat kann eine Geschäftsstelle errichten. Die Geschäftsstelle unterstützt den Verwaltungsrat bei der Durchführung seiner Aufgaben."
6. Artikel 6 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden die Worte "dem Leiter" durch die Worte "der Leiterin oder dem Leiter" ersetzt.
 - bb) In Satz 3 Nummer 4 werden die Worte "des Leiters" durch die Worte "der Leiterin oder des Leiters" ersetzt.
 - cc) In Satz 3 wird nach Nummer 7 der Schlusspunkt durch ein Komma ersetzt
 - dd) In Satz 3 wird folgende Nummer 8 angefügt:

"8. die Zustimmung zu weiteren Leistungen auf dem Gebiet des Ausbildungs- und Prüfungswesens nach Artikel 2 Abs. 3."
 - b) In Absatz 2 wird nach dem Verweis "Absatz 1 Nr. 2" die Angabe "und 4" eingefügt.
 - c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort "Beamten" durch die Worte "Beamtinnen und Beamte" ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Worte "den Leiter" durch die Worte "die Leiterin oder den Leiter" ersetzt.
 - cc) Satz 3 und 4 erhält folgende Fassung:

"Der Verwaltungsrat ernennt die Beamtinnen und Beamten, soweit er die Ausübung dieser Befugnis nicht der Leiterin oder dem Leiter des Instituts überträgt. Die Ernennungsurkunden der Beamtinnen und Beamten des Instituts sind von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder seiner Stellvertreterin oder seinem Stellvertreter, im Falle der Delegation auf die Leiterin oder den Leiter des Instituts von dieser oder diesem zu unterzeichnen."
 - dd) In Satz 5 werden die Worte "des Leiters" durch die Worte "der Leiterin oder des Leiters" ersetzt.
7. Artikel 7 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Die Leiterin oder der Leiter des Instituts führt die Amtsbezeichnung Direktorin oder Direktor des Instituts für medizinische, pharmazeutische, zahnmedizinische und psychotherapeutische Prüfungen."
 - bb) In Satz 2 werden das Wort "Er" durch die Worte "Sie oder er" und die Worte "zum Beamten" durch die Worte "zur Beamtin oder zum Beamten" ersetzt.

- cc) In Satz 4 werden die Worte "Der Leiter" durch die Worte "Die Leiterin oder der Leiter" und das Wort "er" durch die Worte "sie oder er" ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Worte "Der Leiter" durch die Worte "Die Leiterin oder der Leiter" ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird das Wort "Er" durch die Worte "Sie oder er" ersetzt.
- cc) In Satz 3 wird das Wort "er" durch die Worte "sie oder er" ersetzt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Worte "Der Leiter" durch die Worte "Die Leiterin oder der Leiter" ersetzt.
- bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:
- "Sie oder er unterstützt die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Verwaltungsrats bei der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen."
- d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte "Der Leiter" durch die Worte "Die Leiterin oder der Leiter" und in Halbsatz 2 die Worte "der Vorsitzende" durch "die oder der Vorsitzende" ersetzt.
- bb) In Satz 2 werden die Worte "Der Leiter" durch die Worte "Die Leiterin oder der Leiter" und die Worte "seinem Vorsitzenden" durch die Worte "seiner oder seinem Vorsitzenden" ersetzt.
- e) In Absatz 5 werden die Worte "des Leiters" durch die Worte "der Leiterin oder des Leiters" und das Wort "seine" durch die Worte "ihre oder seine" ersetzt.
8. Artikel 8 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 wird die Angabe "Nr. 1 und 2" durch die Angabe "Nr. 1 bis 4" ersetzt.
- b) Satz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Worte "humanmedizinischen und pharmazeutischen" werden durch die Worte "für die Humanmedizin, Pharmazie, Zahnmedizin und Psychotherapie zuständigen" ersetzt.
- bb) Nach der Verweisung "§ 6 des Psychotherapeutengesetzes" wird die Angabe "vom 16. Juni 1998 (BGBl. S. 1311) in der bis zum 31. August 2020 geltenden Fassung" eingefügt.
- c) In Satz 4 werden die Worte "Humanmedizin und Pharmazie" durch die Worte "Humanmedizin, Pharmazie und Zahnmedizin", die Worte "Psychologische Psychotherapie und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie" durch das Wort "Psychotherapie" und das Wort "Beirat" durch das Wort "Beiräten" ersetzt.
9. In Artikel 9 wird das Wort "Antwortmöglichkeiten" durch die Worte "Bewertungsvorgaben sowie die standardisierten Prüfungsunterlagen" ersetzt.
10. Artikel 10 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird das Wort "Beamten" durch die Worte "Beamtinnen und Beamten" und das Wort "Landesbeamte" durch die Worte "Landesbeamtinnen und Landesbeamte" ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird jeweils das Wort "Arbeiter" durch die Worte "Arbeiterinnen und Arbeiter" ersetzt.
11. Artikel 11 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden nach den Worten "den Ländern" die Worte "nach dem im Bundesanzeiger veröffentlichten Königsteiner Schlüssel" eingefügt.
- bb) In Satz 2 werden die Worte "Minister (Senatoren)" durch die Worte "Ministerinnen und Minister (Senatorinnen und Senatoren)" ersetzt.
- b) Absatz 2 wird gestrichen.
- c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 2 und 3.
12. Artikel 12 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:
- "Die Prüfungsberichte sind der Leiterin oder dem Leiter des Instituts, der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats, den für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerinnen und Ministern (Senatorinnen und Senatoren) und den für das Finanzwesen zuständigen Ministerinnen und Ministern (Senatorinnen und Senatoren) der Länder zuzuleiten."
13. Artikel 13 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe "erstmalig zum 31. Dezember 1979" gestrichen.
- b) In Absatz 4 Satz 2 wird das Wort "Beamten" durch die Worte "Beamtinnen sowie Beamten" und das Wort "Versorgungsempfänger" durch die Worte "Versorgungsempfängerinnen sowie Versorgungsempfänger" ersetzt.

Artikel 2

Dieses Abkommen tritt nach Zustimmung der verfassungsmäßig zuständigen Organe am ersten Tage des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte der von den

vertragschließenden Ländern ausgefertigten Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz hinterlegt wird.

Für das Land Baden-Württemberg:

Für den Freistaat Bayern:
München,
Der Ministerpräsident
vertreten durch den Staatsminister für Gesundheit und
Pflege
Klaus Holetschek

Für das Land Berlin:

Für das Land Brandenburg:
Potsdam, den 18. Januar 2024
Der Ministerpräsident
vertreten durch die Ministerin für Soziales, Gesundheit, In-
tegration und Verbraucherschutz
Ursula Nonnemacher

Für die Freie Hansestadt Bremen:

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:
Hamburg, den 5. Februar 2024
Die Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie
und Integration
Melanie Schlotzhauer

Für das Land Hessen:

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:

Für das Land Niedersachsen:
Hannover, den 20. November 2023
Der Ministerpräsident
vertreten durch den Minister für Soziales, Arbeit, Gesund-
heit und Gleichstellung
Dr. Andreas Philippi

Für das Land Nordrhein-Westfalen:

Für das Land Rheinland-Pfalz:
Mainz, den 21. August 2023
Die Ministerpräsidentin
vertreten durch den Minister für Wissenschaft und Ge-
sundheit
Clemens Hoch

Für das Saarland:

Für das Land Sachsen-Anhalt:
Magdeburg, den 31. Mai 2023
Der Ministerpräsident
vertreten durch die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesund-
heit und Gleichstellung
Petra Grimm-Benne

Für den Freistaat Sachsen:

Für das Land Schleswig-Holstein:

Für den Freistaat Thüringen:
Erfurt, den 7. Dezember 2023
Der Ministerpräsident
vertreten durch die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesund-
heit, Frauen und Familie
Heike Werner

**Thüringer Gesetz zur Erstattung von Mehrkosten nach dem Zweiten, Neunten und
Zwölften Buch Sozialgesetzbuch für das Jahr 2024 aufgrund des Rechtskreiswechsels
von aus der Ukraine Geflüchteten (ThürRkwErstG 2024)
Vom 28. März 2024**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Erstattung und Bestimmung der zu berücksichtigenden
Sozialleistungen und Verwaltungskosten sowie
Ermittlung des Zuschussbedarfes

(1) Das Land erstattet nach Maßgabe der Absätze 2 bis 8 den Landkreisen und kreisfreien Städten als kommunale Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie als örtliche Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe im Jahr 2025 im Zusammenhang mit Sozialleistungen an aus der Ukraine Geflüchtete den Zuschussbedarf im Jahr 2024 für

1. die Leistungen an Leistungsberechtigte mit ukrainischer Staatsangehörigkeit nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) für
 - a) Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II im Rahmen des Bürgergeldes nach § 19 Abs. 1 SGB II und im Rahmen der Leistungen nach § 27 Abs. 3 SGB II,
 - b) kommunale Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II,
 - c) Leistungen nach § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 SGB II,
2. den Anteil der Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit ukrainischer Staatsangehörigkeit nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch,
3. die Leistungen an aus der Ukraine Geflüchtete, die Eingliederungshilfe nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) erhalten und die nach § 100 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB IX leistungsberechtigt sind,
4. die Leistungen an aus der Ukraine Geflüchtete, die nach § 146 Abs. 1, 2 oder 3 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) leistungsberechtigt sind, nach dem
 - a) Dritten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch,
 - b) Fünften Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und
 - c) Siebten bis Neunten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.

(2) Die Höhe der maßgeblichen Leistungen und des Anteiles der Verwaltungskosten nach Absatz 1 ergibt sich aus den tatsächlich erfolgten Ausgaben und Auszahlungen abzüglich der auf diese Leistungen und Verwaltungskosten entfallenden Einnahmen und Einzahlungen, die den kommunalen Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie den örtlichen Trägern der Eingliederungs- und Sozialhilfe für diese Leistungen und Verwaltungskosten im Jahr 2024 tatsächlich zugeflossen sind. Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes sowie Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit werden nicht berücksichtigt. Einnahmen und Einzahlungen nach Satz 1 sind insbesondere Einnahmen und Einzahlungen aus Aufwendungen sowie Kostenerstattungen des Bundes und des Landes sowie Kostenersatz und Erstattung

gen anderer Sozialleistungsträger, soweit diese tatsächlich geleistet wurden.

(3) Der Zuschussbedarf des jeweiligen kommunalen Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende für die Leistungen nach Absatz 1 Nr. 1 und den Anteil der Verwaltungskosten nach Absatz 1 Nr. 2 für Leistungsberechtigte nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch mit ukrainischer Staatsangehörigkeit bemisst sich nach dem Verhältnis der Anzahl der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal "Staatsangehörigkeit Ukraine" im Jahresdurchschnittswert 2024 zur Anzahl aller Regelleistungsberechtigten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch im Jahresdurchschnittswert 2024 bei dem jeweiligen kommunalen Träger.

(4) Der Zuschussbedarf des jeweiligen örtlichen Trägers der Sozialhilfe für die Leistungen nach Absatz 1 Nr. 4 Buchst. a und c bemisst sich nach dem Verhältnis des Jahresdurchschnittswertes der Anzahl der Leistungsberechtigten, die im Jahr 2024 im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Trägers der Sozialhilfe Leistungen nach Absatz 1 Nr. 4 Buchst. a und c erhalten haben, zu dem Jahresdurchschnittswert der Anzahl aller Leistungsberechtigten, die im Jahr 2024 nach § 146 Abs. 1, 2 oder 3 SGB XII leistungsberechtigt waren.

(5) Der Zuschussbedarf für Leistungen nach Absatz 1 Nr. 3 und 4 Buchst. b entspricht den tatsächlichen Nettoausgaben und Nettoauszahlungen für diese Leistungen.

(6) Die Erstattung nach Absatz 1 erfolgt zu 100 Prozent der jeweiligen Zuschussbedarfe.

(7) Die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie die örtlichen Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe gewährleisten die Prüfung, dass die Ausgaben und Auszahlungen, die Einnahmen und Einzahlungen und die maßgeblichen Daten nach § 2 Abs. 3 und 4 begründet und belegt sind und die zur Erstattung des Zuschussbedarfes maßgebenden Leistungen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen. Die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende und die örtlichen Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe weisen der nach § 5 zuständigen Stelle nach Maßgabe des Absatzes 8 Satz 1 die Zuschussbedarfe für die erbrachten Leistungen und Verwaltungskosten nach Absatz 1 in tabellarischer Form nach dem Muster der Anlage nach. Der Nachweis nach Satz 2 ist mit einem Vermerk zu versehen, aus dem hervorgeht, dass die Zuschussbedarfe begründet und belegt sind und die erbrachten Leistungen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen. Die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie die örtlichen Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe bestätigen jeweils die sachliche und rechnerische Richtigkeit ihrer Angaben nach den Sätzen 2 und 3 durch die Unterschrift der hierzu befugten Amtswalterinnen oder Amtswalter. Die §§ 81 bis 85, 114 und 115 der Thüringer Kommunalordnung bleiben unberührt.

(8) Die Nachweise nach Absatz 7 Satz 2 bis 4 sollen spätestens bis zum Ablauf des 15. Mai 2025 bei der nach § 5 zuständigen Stelle eingehen. Die Erstattungen an die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie an die örtlichen Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe sollen spätestens bis zum Ablauf des 15. Juli 2025 ausgezahlt werden.

§ 2 Datengrundlage

(1) Der tabellarische Nachweis nach § 1 Abs. 7 Satz 2 erfolgt auf der Grundlage der im Absatz 2 aufgeführten Daten. Bei der Ermittlung der Leistungen und Verwaltungskosten sowie der Zuschussbedarfe sind die in der Anlage aufgeführten Hinweise zu beachten.

(2) Für die Ermittlung der Höhe der Leistungen und Verwaltungskosten nach § 1 Abs. 2 sind die folgenden für das Jahr 2024 jeweils erfassten Daten maßgeblich:

1. für die Leistungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 diejenigen im Einzelplan 4 Unterabschnitt 482 oder in der Produktgruppe 312,
2. für den Anteil der Verwaltungskosten nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 diejenigen im Einzelplan 4 Unterabschnitt 405 oder in der Produktgruppe 312,
3. für die Leistungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 diejenigen im Einzelplan 4 Unterabschnitt 488 oder in der Produktgruppe 316 und
4. für die Leistungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 diejenigen
 - a) im Einzelplan 4 Unterabschnitt 410, 411, 413 und 414 oder
 - b) in der Produktgruppe 311
 - aa) bezüglich der Produkte 3111, 3112, 3114, 3115, 3117 und 3118 oder
 - bb) soweit die Produkte mangels Verbindlichkeit der Zuordnung nicht oder abweichend bebucht worden sind, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit der Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch).

(3) Soweit im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch auf Daten über die Anzahl der Regelleistungsberechtigten und der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal "Staatsangehörigkeit Ukraine" abgestellt wird, sind die von der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2024 erhobenen und veröffentlichten Daten zugrunde zu legen. Die in § 1 Abs. 3 genannten Jahresdurchschnittswerte entsprechen jeweils dem arithmetischen Mittel der für die Monate Januar bis Dezember 2024 jeweils veröffentlichten Monatswerte.

(4) Soweit im Bereich des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch auf Daten über die Anzahl der Leistungsberechtigten und der Leistungsberechtigten, die aus der Ukraine Geflüchtete sind, abgestellt wird, sind die von den Landkreisen und kreisfreien Städten im Rahmen der Fallbearbeitung erhobenen Daten zugrunde zu legen. Die nach § 1 Abs. 4 maßgeblichen Jahresdurchschnittswerte entsprechen je

weils dem arithmetischen Mittel der für die Monate Januar bis Dezember 2024 jeweils erhobenen Monatswerte.

§ 3 Abschlagszahlungen

(1) Im Jahr 2024 erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte als kommunale Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende und örtliche Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe im Vorgriff auf die Erstattung nach § 1 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 6 eine Abschlagszahlung. Die Summe der Abschlagszahlungen nach Satz 1 beträgt insgesamt 30 Millionen Euro.

(2) Der Verteilungsschlüssel für die Abschlagszahlungen nach Absatz 1 bestimmt sich nach der Anzahl der im jeweiligen Landkreis oder in der jeweiligen kreisfreien Stadt aufhältigen aus der Ukraine Geflüchteten im Verhältnis zur Gesamtzahl der in Thüringen aufhältigen aus der Ukraine Geflüchteten. Der Ermittlung der jeweiligen Anzahl und Gesamtanzahl werden die Daten des Ausländerzentralregisters zu den am 31. Dezember 2023 aufhältigen aus der Ukraine Geflüchteten zugrunde gelegt.

(3) Die Festsetzung und Auszahlung der Abschlagszahlungen nach Absatz 1 erfolgen innerhalb von vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes von Amts wegen.

§ 4 Verrechnung

Die nach § 3 an den jeweiligen kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende und den jeweiligen örtlichen Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe geleisteten Abschlagszahlungen werden mit der im Jahr 2025 nach § 1 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 6 festgesetzten Erstattung verrechnet. Legt der kommunale Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie der örtliche Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe keinen Nachweis nach § 1 Abs. 7 Satz 2 bis 4 vor, kann mangels der notwendigen Angaben keine Erstattung nach § 1 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 6 festgesetzt und ausgezahlt werden. Für verbleibende Rückzahlungsbeträge gilt § 1 Abs. 8 Satz 2 entsprechend.

§ 5 Zuständigkeit

Das Landesverwaltungsamt ist zuständig für

1. die Festsetzung der jeweiligen Höhe der Erstattung nach § 1 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 6,
2. die Festsetzung und Auszahlung der Abschlagszahlungen nach § 3,
3. die Verrechnung, Festsetzung und Auszahlung verbleibender Erstattungsbeträge oder die Rückforderung zu viel gewährter Beträge nach § 1 Abs. 8 Satz 2 in Verbindung mit § 4.

§ 6 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils auch für Personen, die mit der Angabe "di

vers" oder ohne eine Angabe des Geschlechts in das Geburtenregister eingetragen sind.

§ 7
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 28. März 2024
Die Präsidentin des Landtags
Birgit Pommer

Anlage

(zu § 1 Abs. 7 Satz 2 und 3 sowie § 2 Abs. 1 Satz 2)

Anlage
(zu § 1 Abs. 7 Satz 2 und 3 sowie § 2 Abs. 1 Satz 2)

Zusubsbedarf für Sozialleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch an aus der Ukraine Geflüchtete mit einem Aufenthaltstitel nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) oder einer entsprechenden Fiktionsberechtigung nach § 81 Abs. 5 AufenthaltG für den Zeitraum vom 01.10.2024 bis 31.12.2024 ¹		Zusubsbedarf für Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch in Euro													
Träger	Regelungsrechtliche Grundlage im Jahr 2024 im Jahresdurchschnittswert	Zusubsbedarf für Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch nach den Anlagen 1. und 3 der Verwaltungsanweisung über die kommunalen Produkte und Konten (Doppel)													
Kreisfreie Stadt Landkreis	Regelungsberechtigte im Jahr 2024 mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" Regelungsberechtigter insgesamt	Zusubsbedarf im Einzelplan (Kostensicherung) (Kameralkata)													
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
		Kosten der Verwaltung im Unterabschnitt 405 (Verwaltung der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Leistung im Unterabschnitt 482 (Kosten der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 405 (Verwaltung der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 482 (Kosten der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 405 (Verwaltung der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 482 (Kosten der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 405 (Verwaltung der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 482 (Kosten der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 405 (Verwaltung der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 482 (Kosten der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 405 (Verwaltung der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 482 (Kosten der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 405 (Verwaltung der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)	Zusubsbedarf nach dem Anteil der Regelleistungsberechtigten mit dem Merkmal Staatsangehörigkeit "Ukraine" im Unterabschnitt 482 (Kosten der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch)
		(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)	(Kameralkata)

¹ Der Zusubsbedarf ist basierend auf den tatsächlichen Einnahmen und Auszahlungen zu ermitteln (jeweilige Ist-Zahlen), aber ohne den Zusubsbedarf des Vermögenshaushalts und die Zahlungen aus den jeweiligen Fachverfahren ermittelte werden.
² Erfasst werden die Höhe der Verwaltungs-kosten aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben im Unterabschnitt 405 oder 482 im Zeitraum vom 1.1.2024 bis 31.12.2024 basierend auf den tatsächlichen Ausgaben abzüglich der tatsächlichen Einnahmen (Ist-Zahlen), aber ohne den Zusubsbedarf des Vermögenshaushalts und die Einnahmen und Auszahlungen aus Investitionsstätigkeit.
³ Erfasst werden die Höhe der Regelleistungsberechtigten, die aus der Ukraine geflüchtet sind (Spalte 2), zu den Regelleistungsberechtigten insgesamt (Spalte 1), jeweils im Jahresdurchschnittswert 2024, wird der Berechnung des jeweiligen Zusubsbedarfs im Unterabschnitt 405, 482 oder in der Produktgruppe 312 zugrunde gelegt.
⁴ Das Verbleib der Regelleistungsberechtigten, die aus der Ukraine geflüchtet sind (Spalte 2), zu den Regelleistungsberechtigten insgesamt (Spalte 1), jeweils im Jahresdurchschnittswert 2024, wird der Berechnung des jeweiligen Zusubsbedarfs im Unterabschnitt 405, 482 oder in der Produktgruppe 312 zugrunde gelegt.
⁵ Erfasst werden die Höhe der Leistungen zwischen Ein- und Auszahlungen in der Produktgruppe 312 im Zeitraum vom 1.1.2024 bis zum 31.12.2024 basierend auf den tatsächlichen Einnahmen (Ist-Zahlen) abzüglich der tatsächlichen Ausgaben abzüglich der tatsächlichen Einnahmen (Ist-Zahlen), aber ohne die Einnahmen und Auszahlungen aus Investitionsstätigkeit.
⁶ Erfasst werden die Höhe der Leistungen zwischen Ein- und Auszahlungen der Produktgruppe 312, aber nur, soweit sie die Kosten der Grundicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch betreffen, aber ohne die Einnahmen und Auszahlungen aus Investitionsstätigkeit.
⁷ Der jeweilige kommunale Träger der Grundicherung für Arbeitsuchende ist hier eintragung.

Zuschussbedarf für Sozialleistungen nach dem Dritten, Siebten bis Neunten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) an aus der Ukraine Geflüchtete mit einem Aufenthaltstitel nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) oder einer entsprechenden Fiktionsbescheinigung nach § 81 Abs. 5 des AufenthG						
Träger	Leistungsberechtigte für das Jahr 2024		Zuschussbedarf für Leistungen an aus der Ukraine Geflüchtete im Bereich des Dritten, Siebten bis Neunten Kapitels des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in Euro für den Zeitraum vom 1.1.2024 bis 31.12.2024 ¹			
Kreisfreie Stadt Landkreis	Leistungsberechtigte insgesamt	Leistungsberechtigte, die aus der Ukraine geflüchtet sind	Gesamte Leistungen ²	Zuschussbedarf anteilig entsprechend dem Anteil der Leistungsberechtigten für aus Ukraine Geflüchtete ³	Gesamte Leistungen ²	Zuschussbedarf anteilig entsprechend dem Anteil der Leistungsberechtigten für aus Ukraine Geflüchtete ³
			im Unterabschnitt 410 (Hilfe zum Lebensunterhalt - Drittes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch), im Unterabschnitt 411 (Hilfe zur Pflege - Siebtes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) und im Unterabschnitt 414 (Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten - Hilfe in anderen Lebenslagen - Achten und Neuntes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) des Einzelplans 4 (Soziale Sicherung)	im Unterabschnitt 410 (Hilfe zum Lebensunterhalt - Drittes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch), im Unterabschnitt 411 (Hilfe zur Pflege - Siebtes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) und im Unterabschnitt 414 (Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten - Hilfe in anderen Lebenslagen - Achten und Neuntes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) des Einzelplans 4 (Soziale Sicherung)	In der Produktgruppe 311 (Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch) nur für die Produkte ⁴ 3111 (Hilfe zum Lebensunterhalt - Drittes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch), 3112 (Hilfe zur Pflege - Siebtes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch), 3115 (Sonstige Hilfen in anderen Lebenslagen - Achten und Neuntes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) 3117 (Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Kosten einer Krankenbehandlung - § 264 Abs. 7 SGB V)	in der Produktgruppe 311 (Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch) nur für die Produkte ⁴ 3111 (Hilfe zum Lebensunterhalt - Drittes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch), 3112 (Hilfe zur Pflege - Siebtes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch), 3115 (Sonstige Hilfen in anderen Lebenslagen - Achten und Neuntes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) 3117 (Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Kosten einer Krankenbehandlung - § 264 Abs. 7 SGB V)
			(Kameralistik)	(Kameralistik)	(Doppik)	(Doppik)
			3	4	5	6
			*5			

¹ Der Zuschussbedarf ist basierend auf den tatsächlichen Ausgaben und Auszahlungen abzüglich der tatsächlichen Einnahmen und Einzahlungen zu ermitteln (jeweilige Ist-Zahlen), aber ohne den Zuschussbedarf des Vermögenshaushaltes und die Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit. Die Zahlen können in der Regel aus den jeweiligen Fachverfahren ermittelt werden.

² Erfasst wird die Höhe der Leistungen für das Dritte, Siebte bis Neunte Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch basierend auf den tatsächlichen Ausgaben und Auszahlungen abzüglich der tatsächlichen Einnahmen und Einzahlungen (Ist-Zahlen), aber ohne den Zuschussbedarf des Vermögenshaushaltes und die Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

³ Das Verhältnis der Leistungsberechtigten, die aus der Ukraine geflüchtet sind (Spalte 2), zu den Leistungsberechtigten insgesamt (Spalte 1), jeweils im Jahresdurchschnittswert 2024, wird der Berechnung des anteiligen Zuschussbedarfes in den Unterabschnitten 410, 411, 414 oder in den Produktgruppen 311, 3111, 3112, 3115, 3117, 3118 zugrunde gelegt.

⁴ Soweit die angegebenen Produkte (vierstellige) mangels verpflichtender Verwendung nicht beachtet werden sollten, sind die entsprechenden Leistungen aus den einzelnen Buchungen der übergeordneten Produktgruppe oder gegebenenfalls anhand eigener verwendeter Produkte gleichen Inhaltes zu ermitteln.

⁵ Der jeweilige örtliche Träger der Sozialhilfe ist hier einzutragen.

Zuschussbedarf für Sozialleistungen nach dem Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) an aus der Ukraine Geflüchtete mit einem Aufenthaltstitel nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) oder einer entsprechenden Fiktionsbescheinigung nach § 81 Abs. 5 AufenthG	
Träger	Zuschussbedarf für Leistungen an aus der Ukraine Geflüchtete im Bereich des Fünften Kapitels des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in Euro für den Zeitraum vom 1.1.2024 bis 31.12.2024 ¹
Kreisfreie Stadt	Gesamter Zuschussbedarf ² im Unterabschnitt 413 (Hilfe zur Gesundheit - Fünftes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) des Einzelplans 4 (Soziale Sicherung)
Landkreis	Gesamter Zuschussbedarf ² in der Produktgruppe 311 (Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch) nur für die Produkte ³ 3114 (Hilfe zur Gesundheit - Fünftes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch), 3117 (Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Kosten einer Krankenbehandlung - § 264 Abs. 7 SGB V)
*4	1 2

¹ Der Zuschussbedarf ist basierend auf den tatsächlichen Ausgaben und Auszahlungen abzüglich der tatsächlichen Einnahmen und Einzahlungen zu ermitteln (jeweilige Ist-Zahlen), aber ohne den Zuschussbedarf des Vermögenshaushaltes und die Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit. Die Zahlen können aus den jeweiligen Fachverfahren ermittelt werden.

² Erfasst wird der gesamte Zuschussbedarf für das Fünftes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch basierend auf den tatsächlichen Ausgaben und Auszahlungen abzüglich der tatsächlichen Einnahmen und Einzahlungen (Ist-Zahlen), aber ohne den Zuschussbedarf des Vermögenshaushaltes und die Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

³ Soweit die angegebenen Produkte (vierstellig) mangels verpflichtender Verwendung nicht bebucht worden sein sollten, sind die entsprechenden Zuschussbedarfe aus den einzelnen Buchungen der übergeordneten Produktgruppe oder gegebenenfalls anhand eigener verwendeter Produkte gleichen Inhaltes zu ermitteln.

⁴ Der jeweilige örtliche Träger der Eingliederungshilfe ist hier einzutragen.

**Bekanntmachung
der Abgrenzung der Wahlkreise für die Wahl zum Thüringer Landtag
Vom 26. März 2024**

Aufgrund des § 71 Abs. 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 2 des Thüringer Landeswahlgesetzes (ThürLWG) in der Fassung vom 30. Juli 2012 (GVBl. S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 27), wird die Abgrenzung der Wahlkreise in der Anlage zu § 2 Abs. 1 ThürL

WG, die zuletzt durch Bekanntmachung vom 20. Februar 2023 (GVBl. S. 109) geändert worden ist, aufgrund kommunaler Gebiets- und Namensänderungen nachstehend neu beschrieben und bekannt gemacht. Diese Neubeschreibung gilt erstmalig für die Wahl zum 8. Thüringer Landtag.

Erfurt, den 26. März 2024
Der Minister für Inneres und Kommunales
Georg Maier

**"Anlage
(zu § 2 Abs. 1)**

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
Wahlkreis 1 Eichsfeld I					
61001	Arenshausen	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61002	Asbach-Sickenberg	Eichsfeld			1
61003	Berlingerode	Eichsfeld	615001	Lindenberg/Eichsfeld	1
61012	Bodenrode-Westhausen	Eichsfeld	615009	Leinetal	1
61014	Bornhagen	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61015	Brehme	Eichsfeld	615001	Lindenberg/Eichsfeld	1
61021	Burgwalde	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61023	Dieterode	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61024	Dietzenrode/Vatterode	Eichsfeld			1
61026	Ecklingerode	Eichsfeld	615001	Lindenberg/Eichsfeld	1
61031	Ferna	Eichsfeld	615001	Lindenberg/Eichsfeld	1
61032	Freienhagen	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61033	Fretterode	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61034	Geisleden	Eichsfeld	615009	Leinetal	1
61035	Geismar	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61036	Gerbershausen	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61045	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	Eichsfeld			1
61047	Heuthen	Eichsfeld	615009	Leinetal	1
61048	Hohengandern	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61056	Kella	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61057	Kirchgandern	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61062	Krombach	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61066	Lindewerra	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61069	Marth	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61075	Pfaffschwende	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61076	Reinholterode	Eichsfeld	615009	Leinetal	1
61078	Rohrberg	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61082	Rustenfelde	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61083	Schachtebich	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Land- kreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemein- schaft	WK- Nr.
61113	Schimberg	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61085	Schwobfeld	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61086	Sickerode	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61089	Steinbach	Eichsfeld	615009	Leinetal	1
61094	Tastungen	Eichsfeld	615001	Lindenberg/Eichsfeld	1
61114	Teistungen	Eichsfeld	615001	Lindenberg/Eichsfeld	1
61119	Uder	Eichsfeld			1
61098	Volkerode	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61102	Wahlhausen	Eichsfeld	615008	Hanstein-Rusteberg	1
61103	Wehnde	Eichsfeld	615001	Lindenberg/Eichsfeld	1
61105	Wiesenfeld	Eichsfeld	615014	Ershausen/Geismar	1
61107	Wingerode	Eichsfeld	615009	Leinetal	1
Wahlkreis 2 Eichsfeld II					
61116	Am Ohmberg	Eichsfeld			2
61017	Breitenworbis	Eichsfeld	615006	Eichsfeld-Wipperaue	2
61019	Buhla	Eichsfeld	615006	Eichsfeld-Wipperaue	2
61018	Büttstedt	Eichsfeld	615013	Westerwald-Obereichsfeld	2
61118	Dingelstädt, Stadt (ohne Ortsteil Struth)	Eichsfeld			2
61027	Effelder	Eichsfeld	615013	Westerwald-Obereichsfeld	2
61037	Gernode	Eichsfeld	615006	Eichsfeld-Wipperaue	2
61041	Großbartloff	Eichsfeld	615013	Westerwald-Obereichsfeld	2
61044	Haynrode	Eichsfeld	615006	Eichsfeld-Wipperaue	2
61058	Kirchworbis	Eichsfeld	615006	Eichsfeld-Wipperaue	2
61063	Küllstedt	Eichsfeld	615013	Westerwald-Obereichsfeld	2
61115	Leinefelde-Worbis, Stadt	Eichsfeld			2
61074	Niederorschel	Eichsfeld			2
61117	Sonnenstein	Eichsfeld			2
61101	Wachstedt	Eichsfeld	615013	Westerwald-Obereichsfeld	2
Wahlkreis 3 Nordhausen I					
62066	Bleicherode, Stadt	Nordhausen			3
62005	Ellrich, Stadt	Nordhausen			3
62008	Görsbach	Nordhausen			3
62009	Großlohra	Nordhausen			3
62065	Harztor	Nordhausen			3
62064	Heringen/Helme, Stadt	Nordhausen			3
62062	Hohenstein	Nordhausen			3
62024	Kehmstedt	Nordhausen			3
62026	Kleinfurra	Nordhausen			3
62033	Lipprechterode	Nordhausen			3
62037	Niedergebra	Nordhausen			3
62049	Sollstedt	Nordhausen			3

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Land- kreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemein- schaft	WK- Nr.
62054	Urbach	Nordhausen			3
62063	Werther	Nordhausen			3
Wahlkreis 4 Nordhausen II					
62041	Nordhausen, Stadt	Nordhausen			4
Wahlkreis 5 Wartburgkreis I					
63003	Bad Salzungen, Stadt	Wartburgkreis			5
63011	Buttlar	Wartburgkreis			5
63015	Dermbach	Wartburgkreis			5
63023	Empfertshausen	Wartburgkreis			5
63032	Geisa, Stadt	Wartburgkreis			5
63033	Gerstengrund	Wartburgkreis			5
63101	Krayenberggemeinde	Wartburgkreis			5
63051	Leimbach	Wartburgkreis			5
63062	Oechsen	Wartburgkreis			5
63068	Schleid	Wartburgkreis			5
63078	Unterebreizbach	Wartburgkreis			5
63082	Vacha, Stadt	Wartburgkreis			5
63084	Weilar	Wartburgkreis			5
63086	Wiesenthal	Wartburgkreis			5
Wahlkreis 6 Wartburgkreis II					
63105	Eisenach, Stadt	Wartburgkreis			6
63097	Gerstungen	Wartburgkreis			6
63103	Werra-Suhl-Tal, Stadt	Wartburgkreis			6
Wahlkreis 7 Wartburgkreis III					
63104	Amt Creuzburg, Stadt	Wartburgkreis	635006	Hainich-Werratal	7
63099	Bad Liebenstein, Stadt	Wartburgkreis			7
63004	Barchfeld-Immelborn	Wartburgkreis			7
63006	Berka v. d. Hainich	Wartburgkreis	635006	Hainich-Werratal	7
63008	Bischofroda	Wartburgkreis	635006	Hainich-Werratal	7
63098	Hörselberg-Hainich	Wartburgkreis			7
63046	Krauthausen	Wartburgkreis	635006	Hainich-Werratal	7
63049	Lauterbach	Wartburgkreis	635006	Hainich-Werratal	7
63058	Nazza	Wartburgkreis	635006	Hainich-Werratal	7
63066	Ruhla, Stadt	Wartburgkreis			7
63071	Seebach	Wartburgkreis			7
63076	Treffurt, Stadt	Wartburgkreis			7
63092	Wutha-Farnroda	Wartburgkreis			7

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
64074	Südeichsfeld (nur OT Hallungen)	Unstrut-Hainich-Kreis			7
Wahlkreis 8 Unstrut-Hainich-Kreis I					
61118	Dingelstädt, Stadt (nur Ortsteil Struth)	Eichsfeld			8
64046	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	Unstrut-Hainich-Kreis			8
64074	Südeichsfeld (ohne OT Hallungen)	Unstrut-Hainich-Kreis			8
64071	Unstruttal	Unstrut-Hainich-Kreis			8
Wahlkreis 9 Unstrut-Hainich-Kreis II					
64003	Bad Langensalza, Stadt	Unstrut-Hainich-Kreis			9
64004	Bad Tennstedt, Stadt	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64005	Ballhausen	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64007	Blankenburg	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64009	Bruchstedt	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64019	Großvargula	Unstrut-Hainich-Kreis			9
64021	Haussömmern	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64022	Herbsleben	Unstrut-Hainich-Kreis			9
64027	Hornsömmern	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64032	Kammerforst	Unstrut-Hainich-Kreis	645008	Vogtei	9
64033	Kirchheilingen	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64037	Körner	Unstrut-Hainich-Kreis			9
64038	Kutzleben	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64043	Marolterode	Unstrut-Hainich-Kreis			9
64045	Mittelsömmern	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64077	Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt	Unstrut-Hainich-Kreis			9
64053	Oppershausen	Unstrut-Hainich-Kreis	645008	Vogtei	9
64061	Sundhausen	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64062	Tottleben	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64076	Unstrut-Hainich	Unstrut-Hainich-Kreis			9
64064	Urleben	Unstrut-Hainich-Kreis	645001	Bad Tennstedt	9
64075	Vogtei	Unstrut-Hainich-Kreis			9
Wahlkreis 10 Kyffhäuserkreis I					
65001	Abtsbessingen	Kyffhäuserkreis			10
65005	Bellstedt	Kyffhäuserkreis			10
65012	Clingen, Stadt	Kyffhäuserkreis	655002	Greußen	10
65014	Ebeleben, Stadt	Kyffhäuserkreis			10
65018	Freienbessingen	Kyffhäuserkreis			10
65089	Greußen, Stadt	Kyffhäuserkreis			10
65032	Helbedündorf	Kyffhäuserkreis			10
65038	Holzsußra	Kyffhäuserkreis			10
65048	Niederbösa	Kyffhäuserkreis	655002	Greußen	10
65051	Oberbösa	Kyffhäuserkreis	655002	Greußen	10

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
65058	Rockstedt	Kyffhäuserkreis			10
65067	Sondershausen, Stadt	Kyffhäuserkreis			10
65074	Topfstedt	Kyffhäuserkreis	655002	Greußen	10
65075	Trebra	Kyffhäuserkreis	655002	Greußen	10
65077	Wasserthaleben	Kyffhäuserkreis	655002	Greußen	10
65079	Westgreußen	Kyffhäuserkreis	655002	Greußen	10
Wahlkreis 11 Kyffhäuserkreis II					
65088	An der Schmücke, Stadt	Kyffhäuserkreis			11
65086	Artern, Stadt	Kyffhäuserkreis			11
65003	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	Kyffhäuserkreis			11
65008	Borxleben	Kyffhäuserkreis			11
65016	Etzleben	Kyffhäuserkreis			11
65019	Gehofen	Kyffhäuserkreis			11
65042	Kalbsrieth	Kyffhäuserkreis			11
65085	Kyffhäuserland	Kyffhäuserkreis			11
65046	Mönchpiffel-Nikolausrieth	Kyffhäuserkreis			11
65052	Oberheldrungen	Kyffhäuserkreis			11
65056	Reinsdorf	Kyffhäuserkreis			11
65087	Roßleben-Wiehe, Stadt	Kyffhäuserkreis			11
Wahlkreis 12 Schmalkalden-Meiningen I					
66005	Belrieth	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66012	Birx	Schmalkalden-Meiningen	665005	Hohe Rhön	12
66015	Christes	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66016	Dillstädt	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66017	Einhausen	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66018	Ellingshausen	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66019	Erbenhausen	Schmalkalden-Meiningen	665005	Hohe Rhön	12
66024	Frankenheim/Rhön	Schmalkalden-Meiningen	665005	Hohe Rhön	12
66025	Friedelshausen	Schmalkalden-Meiningen	665013	Wasungen-Amt Sand	12
66095	Kaltennordheim, Stadt	Schmalkalden-Meiningen	665005	Hohe Rhön	12
66038	Kühndorf	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66039	Leutersdorf	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66041	Mehmels	Schmalkalden-Meiningen	665013	Wasungen-Amt Sand	12
66042	Meiningen, Stadt	Schmalkalden-Meiningen			12
66045	Neubrunn	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66049	Obermaßfeld-Grimmenthal	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66052	Oberweid	Schmalkalden-Meiningen	665005	Hohe Rhön	12
66093	Rhönblick	Schmalkalden-Meiningen			12
66056	Rippershausen	Schmalkalden-Meiningen			12
66057	Ritschenhausen	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66058	Rohr	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66064	Schwallungen	Schmalkalden-Meiningen	665013	Wasungen-Amt Sand	12

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
66065	Schwarza	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66076	Untermaßfeld	Schmalkalden-Meiningen			12
66079	Utendorf	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66081	Vachdorf	Schmalkalden-Meiningen	665014	Dolmar-Salzbrücke	12
66086	Wasungen, Stadt	Schmalkalden-Meiningen	665013	Wasungen-Amt Sand	12
Wahlkreis 13 Schmalkalden-Meiningen II					
66013	Breitungen/Werra	Schmalkalden-Meiningen			13
66074	Brotterode-Trusetal, Stadt	Schmalkalden-Meiningen			13
66022	Fambach	Schmalkalden-Meiningen			13
66023	Floh-Seligenthal	Schmalkalden-Meiningen			13
66059	Rosa	Schmalkalden-Meiningen			13
66061	Roßdorf	Schmalkalden-Meiningen			13
66063	Schmalkalden, Stadt	Schmalkalden-Meiningen			13
66069	Steinbach-Hallenberg, Stadt	Schmalkalden-Meiningen			13
Wahlkreis 14 Gotha I					
67064	Bad Tabarz	Gotha			14
67013	Emleben	Gotha			14
67019	Friedrichroda, Stadt	Gotha			14
67092	Georgenthal	Gotha			14
67044	Luisenthal	Gotha			14
67053	Ohrdruf, Stadt	Gotha			14
67065	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	Gotha			14
67072	Waltershausen, Stadt	Gotha			14
Wahlkreis 15 Gotha II					
67029	Gotha, Stadt	Gotha			15
67088	Hörsel	Gotha			15
Wahlkreis 16 Sömmerda I/Gotha III					
67004	Bienstädt	Gotha	675007	Nesseaue	16
67009	Dachwig	Gotha	675012	Fahner Höhe	16
67011	Döllstädt	Gotha	675012	Fahner Höhe	16
67089	Drei Gleichen	Gotha			16
67016	Eschenbergen	Gotha	675007	Nesseaue	16
67022	Friemar	Gotha	675007	Nesseaue	16
67026	Gierstädt	Gotha	675012	Fahner Höhe	16
67033	Großfahner	Gotha	675012	Fahner Höhe	16
67047	Molschleben	Gotha	675007	Nesseaue	16
67087	Nesse-Apfelstädt	Gotha			16
67091	Nessetal	Gotha			16
67052	Nottleben	Gotha	675007	Nesseaue	16

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
67055	Pferdingsleben	Gotha	675007	Nesseaue	16
67059	Schwabhausen	Gotha			16
67063	Sonneborn	Gotha			16
67067	Tonna	Gotha	675012	Fahner Höhe	16
67068	Tröchtelborn	Gotha	675007	Nesseaue	16
67071	Tüttleben	Gotha	675007	Nesseaue	16
67082	Zimmernsupra	Gotha	675007	Nesseaue	16
68002	Andisleben	Sömmerda	685002	Gera-Aue	16
68009	Elxleben	Sömmerda			16
68013	Gangloffsömmern	Sömmerda	685009	Straußfurt	16
68014	Gebesee, Stadt	Sömmerda	685002	Gera-Aue	16
68025	Haßleben	Sömmerda	685009	Straußfurt	16
68044	Riethnordhausen	Sömmerda	685009	Straußfurt	16
68045	Ringleben	Sömmerda	685002	Gera-Aue	16
68049	Schwerstedt	Sömmerda	685009	Straußfurt	16
68053	Straußfurt	Sömmerda	685009	Straußfurt	16
68057	Walschleben	Sömmerda	685002	Gera-Aue	16
68059	Werningshausen	Sömmerda	685009	Straußfurt	16
68061	Witterda	Sömmerda			16
68062	Wundersleben	Sömmerda	685009	Straußfurt	16
Wahlkreis 17 Sömmerda II					
68001	Alperstedt	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68005	Büchel	Sömmerda	685005	Kindelbrück	17
68063	Buttstädt	Sömmerda			17
68007	Eckstedt	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68015	Griefstedt	Sömmerda	685005	Kindelbrück	17
68017	Großmölsen	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68019	Großneuhausen	Sömmerda	685006	Kölleda	17
68021	Großrudestedt	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68022	Günstedt	Sömmerda	685005	Kindelbrück	17
68064	Kindelbrück	Sömmerda	685005	Kindelbrück	17
68032	Kleinmölsen	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68033	Kleinneuhausen	Sömmerda	685006	Kölleda	17
68034	Kölleda, Stadt	Sömmerda			17
68036	Markvippach	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68037	Nöda	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68039	Ollendorf	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68041	Ostramondra	Sömmerda	685006	Kölleda	17
68042	Rastenberg, Stadt	Sömmerda	685006	Kölleda	17
68043	Riethgen	Sömmerda	685005	Kindelbrück	17
68048	Schloßvippach	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68051	Sömmerda, Stadt	Sömmerda			17

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
68052	Spröttau	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68055	Udestedt	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68056	Vogelsberg	Sömmerda	685012	Gramme-Vippach	17
68058	Weißensee, Stadt	Sömmerda			17
Wahlkreis 18 Hildburghausen I/Schmalkalden-Meiningen III					
66094	Grabfeld	Schmalkalden-Meiningen			18
69001	Ahlstädt	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69003	Beinerstadt	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69004	Bischofrod	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69008	Dingsleben	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69009	Ehrenberg	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69011	Eichenberg	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69016	Grimmelshausen	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69017	Grub		695002	Feldstein	18
69063	Heldburg, Stadt	Hildburghausen	695004	Heldburger Unterland	18
69021	Henfstädt	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69024	Hildburghausen, Stadt	Hildburghausen			18
69025	Kloster Veßra	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69026	Lengfeld	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69028	Marisfeld	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69035	Oberstadt	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69037	Reurieth	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69062	Römhild, Stadt	Hildburghausen			18
69041	Schlechtsart	Hildburghausen	695004	Heldburger Unterland	18
69044	Schmeheim	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69046	Schweickershausen	Hildburghausen	695004	Heldburger Unterland	18
69047	St. Bernhard	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69049	Straufhain	Hildburghausen	695004	Heldburger Unterland	18
69051	Themar, Stadt	Hildburghausen	695002	Feldstein	18
69052	Ummerstadt, Stadt	Hildburghausen	695004	Heldburger Unterland	18
69053	Veilsdorf	Hildburghausen			18
69056	Westhausen	Hildburghausen	695004	Heldburger Unterland	18
Wahlkreis 19 Sonneberg I					
72024	Föritztal	Sonneberg			19
72023	Frankenblick	Sonneberg			19
72015	Schalkau, Stadt	Sonneberg			19
72018	Sonneberg, Stadt	Sonneberg			19
Wahlkreis 20 Hildburghausen II/Sonneberg II					
69058	Auengrund	Hildburghausen			20
69006	Brünn/Thür.	Hildburghausen			20

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
69012	Eisfeld, Stadt	Hildburghausen			20
69061	Masserberg	Hildburghausen			20
69042	Schleusegrund	Hildburghausen			20
69043	Schleusingen, Stadt	Hildburghausen			20
72006	Goldisthal	Sonneberg			20
72011	Lauscha, Stadt	Sonneberg			20
72013	Neuhaus am Rennweg, Stadt	Sonneberg			20
72019	Steinach, Stadt	Sonneberg			20
Wahlkreis 21 Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV					
54000	Suhl, Stadt	Suhl, Stadt			21
66047	Oberhof, Stadt	Schmalkalden-Meiningen			21
66092	Zella-Mehlis, Stadt	Schmalkalden-Meiningen			21
Wahlkreis 22 Ilm-Kreis I					
70011	Elgersburg	Ilm-Kreis	705002	Geratal/Plaue	22
70058	Großbreitenbach, Stadt	Ilm-Kreis			22
70029	Ilmenau, Stadt	Ilm-Kreis			22
70034	Martinroda	Ilm-Kreis	705002	Geratal/Plaue	22
Wahlkreis 23 Ilm-Kreis II					
70001	Alkersleben	Ilm-Kreis	705009	Riechheimer Berg	23
70028	Amt Wachsenburg	Ilm-Kreis			23
70004	Arnstadt, Stadt	Ilm-Kreis			23
70006	Bösleben-Wüllersleben	Ilm-Kreis	705009	Riechheimer Berg	23
70008	Dornheim	Ilm-Kreis	705009	Riechheimer Berg	23
70012	Elleben	Ilm-Kreis	705009	Riechheimer Berg	23
70013	Elxleben	Ilm-Kreis	705009	Riechheimer Berg	23
70057	Geratal	Ilm-Kreis			23
70041	Osthausen-Wülfershausen	Ilm-Kreis	705009	Riechheimer Berg	23
70043	Plaue, Stadt	Ilm-Kreis	705002	Geratal/Plaue	23
70048	Stadtilm, Stadt	Ilm-Kreis			23
70054	Witzleben	Ilm-Kreis	705009	Riechheimer Berg	23
Wahlkreis 24 Erfurt I					
	Erfurt 1 Alach, Azmannsdorf, Gispersleben, Hochstedt, Hohenwinden, Kerspleben, Kühnhausen, Linderbach, Mittelhäuser, Moskauer Platz, Rieth, Roter Berg, Salomonsborn, Schaderode, Schwerborn, Stotternheim, Sulzer Siedlung, Tiefthal, Töttelstädt, Töttleben, Vieselbach, Wallichen				
51000		Erfurt, Stadt			24

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
Wahlkreis 25 Erfurt II					
51000	Erfurt 2 Andreasvorstadt, Berliner Platz, Bindersleben, Brühlervorstadt, Ermsstedt, Fienstedt, Gottstedt, Ilversgehofen, Johannesplatz, Marbach	Erfurt, Stadt			25
Wahlkreis 26 Erfurt III					
51000	Erfurt 3 Altstadt, Bischleben-Stedten, Hochheim, Johannesvorstadt, Krämpfervorstadt, Löbervorstadt, Molsdorf, Schmira	Erfurt, Stadt			26
Wahlkreis 27 Erfurt IV					
51000	Erfurt 4 Büßleben, Daberstedt, Dittelstedt, Egstedt, Herrenberg, Melchendorf, Möbisburg-Rhoda, Niedernissa, Rhoda (Haarberg), Urbich, Waltersleben, Wiesenhügel, Windischholzhausen	Erfurt, Stadt			27
Wahlkreis 28 Saalfeld-Rudolstadt I					
73001	Allendorf	Saalfeld-Rudolstadt			28
73005	Bad Blankenburg, Stadt	Saalfeld-Rudolstadt			28
73006	Bechstedt	Saalfeld-Rudolstadt			28
73013	Cursdorf	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
73014	Deesbach	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
73017	Döschnitz	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
73037	Katzhütte	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
73112	Königsee, Stadt	Saalfeld-Rudolstadt			28
73055	Meura	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
73074	Rohrbach	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
73076	Rudolstadt, Stadt	Saalfeld-Rudolstadt			28
73113	Schwarzatal, Stadt	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
73082	Schwarzburg	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
73084	Sitzendorf	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
73094	Unterweißbach	Saalfeld-Rudolstadt	735012	Schwarzatal	28
Wahlkreis 29 Saalfeld-Rudolstadt II					
73002	Altenbeuthen	Saalfeld-Rudolstadt			29
73107	Drognitz	Saalfeld-Rudolstadt			29
73028	Gräfenthal, Stadt	Saalfeld-Rudolstadt	735005	Schiefergebirge	29

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Land- kreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemein- schaft	WK- Nr.
73035	Hohenwarte	Saalfeld-Rudolstadt			29
73038	Kaulsdorf	Saalfeld-Rudolstadt			29
73046	Lehesten, Stadt	Saalfeld-Rudolstadt	735005	Schiefergebirge	29
73106	Leutenberg, Stadt	Saalfeld-Rudolstadt			29
73067	Probstzella	Saalfeld-Rudolstadt	735005	Schiefergebirge	29
73077	Saalfeld/Saale, Stadt	Saalfeld-Rudolstadt			29
73111	Unterwellenborn	Saalfeld-Rudolstadt			29
Wahlkreis 30 Weimarer Land I/Saalfeld-Rudolstadt III					
71102	Am Ettersberg	Weimarer Land			30
71003	Bad Berka, Stadt	Weimarer Land			30
71005	Ballstedt	Weimarer Land			30
71008	Blankenhain, Stadt	Weimarer Land			30
71009	Buchfart	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71013	Döbritschen	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71017	Ettersburg	Weimarer Land			30
71019	Frankendorf	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71103	Grammetal	Weimarer Land			30
71025	Großschwabhausen	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71027	Hammerstedt	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71031	Hetschburg	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71032	Hohenfelden	Weimarer Land	715007	Kranichfeld	30
71037	Kapellendorf	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71038	Kiliansroda	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71042	Kleinschwabhausen	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71043	Klettbach	Weimarer Land	715007	Kranichfeld	30
71046	Kranichfeld, Stadt	Weimarer Land	715007	Kranichfeld	30
71049	Lehnstedt	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71053	Magdala, Stadt	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71055	Mechelroda	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71056	Mellingen	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71059	Nauendorf	Weimarer Land	715007	Kranichfeld	30
71061	Neumark, Stadt	Weimarer Land			30
71071	Oettern	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71079	Rittersdorf	Weimarer Land	715007	Kranichfeld	30
71087	Tonndorf	Weimarer Land	715007	Kranichfeld	30
71089	Umpferstedt	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71093	Vollersroda	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
71095	Wiegendorf	Weimarer Land	715008	Mellingen	30
73109	Uhlstädt-Kirchhasel	Saalfeld-Rudolstadt			30

Wahlkreis 31 Weimar I/Weimarer Land II

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
55000	Weimar I Schöndorf, Süßenborn, Tiefurt/Dürrenbacher Hütte	Weimar, Stadt			31
71001	Apolda, Stadt	Weimarer Land			31
71004	Bad Sulza, Stadt	Weimarer Land			31
71015	Eberstedt	Weimarer Land			31
71022	Großheringen	Weimarer Land			31
71101	Ilmtal-Weinstraße	Weimarer Land			31
71064	Niedertrebra	Weimarer Land			31
71069	Obertrebra	Weimarer Land			31
71083	Schmiedehausen	Weimarer Land			31
Wahlkreis 32 Weimar II					
55000	Weimar II Ettersberg-Siedlung, Gaberndorf, Gelmeroda, Innenstadt, Legefeld/Holzdorf, Niedergrunstedt, Nördliche Innenstadt, Nordstadt, Oberweimar/Ehringsdorf, Possendorf, Südstadt, Südweststadt, Taubach, Tröbsdorf, Weimar-Nord, Weimar-West	Weimar, Stadt			32
Wahlkreis 33 Saale-Orla-Kreis I					
75062	Bad Lobenstein, Stadt	Saale-Orla-Kreis			33
75014	Dittersdorf	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75131	Gefell, Stadt	Saale-Orla-Kreis			33
75033	Görkwitz	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75034	Göschitz	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75046	Hirschberg, Stadt	Saale-Orla-Kreis			33
75048	Kirschkau	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75063	Löhma	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75068	Moßbach	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75072	Neundorf (bei Schleiz)	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75076	Oettersdorf	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75083	Plothen	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75084	Pörmitz	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75134	Remptendorf	Saale-Orla-Kreis			33
75136	Rosenthal am Rennsteig	Saale-Orla-Kreis			33
75135	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	Saale-Orla-Kreis			33
75098	Schleiz, Stadt	Saale-Orla-Kreis			33
75132	Tanna, Stadt	Saale-Orla-Kreis			33
75109	Tegau	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75119	Volkmannsdorf	Saale-Orla-Kreis	755004	Seenplatte	33
75133	Wurzbach, Stadt	Saale-Orla-Kreis			33
Wahlkreis 34 Saale-Orla-Kreis II					
75006	Bodelwitz	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75016	Döbritz	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
75019	Dreitzsch	Saale-Orla-Kreis	755011	Triptis	34
75023	Eißbach	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75029	Geroda	Saale-Orla-Kreis	755011	Triptis	34
75031	Gertewitz	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75035	Gössitz	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75039	Grobengereuth	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75047	Keila	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75051	Kospoda	Saale-Orla-Kreis			34
75129	Krölpa	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75054	Langenorla	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75056	Lausnitz b. Neustadt an der Orla	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75057	Lemnitz	Saale-Orla-Kreis	755011	Triptis	34
75065	Miesitz	Saale-Orla-Kreis	755011	Triptis	34
75066	Mittelpöllnitz	Saale-Orla-Kreis	755011	Triptis	34
75069	Moxa	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75073	Neustadt an der Orla, Stadt	Saale-Orla-Kreis			34
75074	Nimritz	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75075	Oberoppurg	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75077	Oppurg	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75079	Paska	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75081	Peuschen	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75085	Pößneck, Stadt	Saale-Orla-Kreis			34
75087	Quaschwitz	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75088	Ranis, Stadt	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75093	Rosendorf	Saale-Orla-Kreis	755011	Triptis	34
75099	Schmieritz	Saale-Orla-Kreis	755011	Triptis	34
75101	Schmorda	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75102	Schöndorf	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75103	Seisla	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75105	Solkwitz	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75114	Tömmelsdorf	Saale-Orla-Kreis	755011	Triptis	34
75116	Triptis, Stadt	Saale-Orla-Kreis	755011	Triptis	34
75121	Weira	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75124	Wernburg	Saale-Orla-Kreis	755005	Oppurg	34
75125	Wilhelmsdorf	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
75127	Ziegenrück, Stadt	Saale-Orla-Kreis	755013	Ranis-Ziegenrück	34
Wahlkreis 35 Saale-Holzland-Kreis I					
74002	Altenberga	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74004	Bibra	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74007	Bremsnitz	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74008	Bucha	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74016	Eichenberg	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
74017	Eineborn	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74021	Freienorla	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74022	Geisenhain	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74024	Gneus	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74029	Großbockedra	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74031	Großeutersdorf	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74033	Großpüschütz	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74034	Gumperda	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74041	Hermisdorf, Stadt	Saale-Holzland-Kreis	745014	Hermisdorf	35
74042	Hummelshain	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74044	Kahla, Stadt	Saale-Holzland-Kreis			35
74045	Karlsdorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74046	Kleinbockedra	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74047	Kleinebersdorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74048	Kleineutersdorf	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74049	Laasdorf	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74052	Lindig	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74053	Lippersdorf-Erdmannsdorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74056	Meusebach	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74057	Milda	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74058	Möckern	Saale-Holzland-Kreis			35
74059	Mörsdorf	Saale-Holzland-Kreis	745014	Hermisdorf	35
74064	Oberbodnitz	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74065	Orlamünde, Stadt	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74066	Ottendorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74071	Rattelsdorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74074	Rausdorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74075	Reichenbach	Saale-Holzland-Kreis	745014	Hermisdorf	35
74076	Reinstädt	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74077	Renthendorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74079	Rothenstein	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74081	Ruttersdorf-Lotschen	Saale-Holzland-Kreis			35
74084	Schleifreisen	Saale-Holzland-Kreis	745014	Hermisdorf	35
74087	Schöps	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74089	Seitenroda	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74093	St.Gangloff	Saale-Holzland-Kreis	745014	Hermisdorf	35
74094	Stadtroda, Stadt	Saale-Holzland-Kreis			35
74095	Sulza	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
74097	Tautendorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74101	Tissa	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74103	Tröbnitz	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74102	Trockenborn-Wolfersdorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74104	Unterbodnitz	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
74107	Waltersdorf	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74108	Weißbach	Saale-Holzland-Kreis	745007	Hügelland/Täler	35
74114	Zöllnitz	Saale-Holzland-Kreis	745011	Südliches Saaletal	35
Wahlkreis 36 Saale-Holzland-Kreis II					
74001	Albersdorf	Saale-Holzland-Kreis			36
74003	Bad Klosterlausnitz	Saale-Holzland-Kreis			36
74005	Bobeck	Saale-Holzland-Kreis			36
74009	Bürgel, Stadt	Saale-Holzland-Kreis			36
74012	Crossen an der Elster	Saale-Holzland-Kreis	745005	Heideland-Elstertal-Schkölen	36
74011	Dornburg-Camburg, Stadt	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74018	Eisenberg, Stadt	Saale-Holzland-Kreis			36
74019	Frauenprießnitz	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74026	Golmsdorf	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74025	Gösen	Saale-Holzland-Kreis			36
74028	Graitschen b. Bürgel	Saale-Holzland-Kreis			36
74032	Großlöbichau	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74036	Hainichen	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74037	Hainspitz	Saale-Holzland-Kreis			36
74038	Hartmannsdorf	Saale-Holzland-Kreis	745005	Heideland-Elstertal-Schkölen	36
74039	Heideland	Saale-Holzland-Kreis	745005	Heideland-Elstertal-Schkölen	36
74043	Jenalöbnitz	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74051	Lehesten	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74054	Löberschütz	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74055	Mertendorf	Saale-Holzland-Kreis			36
74061	Nausnitz	Saale-Holzland-Kreis			36
74063	Neuengönna	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74067	Petersberg	Saale-Holzland-Kreis			36
74068	Poxdorf	Saale-Holzland-Kreis			36
74072	Rauda	Saale-Holzland-Kreis	745005	Heideland-Elstertal-Schkölen	36
74073	Rauschwitz	Saale-Holzland-Kreis			36
74082	Scheiditz	Saale-Holzland-Kreis			36
74116	Schkölen, Stadt	Saale-Holzland-Kreis	745005	Heideland-Elstertal-Schkölen	36
74085	Schlöben	Saale-Holzland-Kreis			36
74086	Schöngleina	Saale-Holzland-Kreis			36
74091	Serba	Saale-Holzland-Kreis			36
74092	Silbitz	Saale-Holzland-Kreis	745005	Heideland-Elstertal-Schkölen	36
74096	Tautenburg	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74098	Tautenhain	Saale-Holzland-Kreis			36
74099	Thierschneck	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
74105	Waldeck	Saale-Holzland-Kreis			36
74106	Walpernhain	Saale-Holzland-Kreis	745005	Heideland-Elstertal-Schkölen	36
74109	Weißborn	Saale-Holzland-Kreis			36
74112	Wichmar	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
74113	Zimmern	Saale-Holzland-Kreis	745015	Dornburg-Camburg	36
Wahlkreis 37 Jena I					
	Jena I Ammerbach, Burgau, Closewitz, Cospeda, Göschwitz, Isserstedt, Jena-Nord, Jena-Süd, Jena-West, Jena-Zentrum, Krippendorf, Leutra, Lichtenhain, Lützeroda, Maua, Münchenroda/Remderoda, Vierzehnheiligen, Winzerla				
53000		Jena, Stadt			37
Wahlkreis 38 Jena II					
	Jena II Drackendorf, Ilmnitz, Jenaprießnitz/Wogau, Kernberge, Kunitz/Laasan, Lobeda-Altstadt, Löbstedt, Neulobeda, Wenigenjena, Wöllnitz, Ziegenhain, Zwätzen				
53000		Jena, Stadt			38
Wahlkreis 39 Greiz I					
76092	Auma-Weidatal, Stadt	Greiz			39
76003	Bad Köstritz, Stadt	Greiz			39
76007	Bocka	Greiz	765006	Münchenbernsdorf	39
76012	Caaschwitz	Greiz			39
76014	Crimla	Greiz			39
76088	Harth-Pöllnitz	Greiz			39
76029	Hohenleuben, Stadt	Greiz			39
76033	Hundhaupten	Greiz	765006	Münchenbernsdorf	39
76089	Kraftsdorf	Greiz			39
76039	Langenwetzendorf	Greiz			39
76041	Langenwolschendorf	Greiz			39
76042	Lederhose	Greiz	765006	Münchenbernsdorf	39
76044	Lindenkreuz	Greiz	765006	Münchenbernsdorf	39
76049	Münchenbernsdorf, Stadt	Greiz	765006	Münchenbernsdorf	39
76064	Saara	Greiz	765006	Münchenbernsdorf	39
76068	Schwarzbach	Greiz	765006	Münchenbernsdorf	39
76079	Weida, Stadt	Greiz			39
76081	Weißendorf	Greiz			39
76086	Zedlitz	Greiz	765006	Münchenbernsdorf	39
76087	Zeulenroda-Triebes, Stadt	Greiz			39
Wahlkreis 40 Greiz II					
76094	Berga-Wünschendorf, Stadt	Greiz			40

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
76006	Bethenhausen	Greiz	765008	Am Brahmetal	40
76008	Brahmenau	Greiz	765008	Am Brahmetal	40
76009	Braunichswalde	Greiz	765004	Ländereck	40
76017	Endschütz	Greiz	765004	Ländereck	40
76019	Gauern	Greiz	765004	Ländereck	40
76022	Greiz, Stadt	Greiz			40
76023	Großenstein	Greiz	765008	Am Brahmetal	40
76027	Hilbersdorf	Greiz	765004	Ländereck	40
76028	Hirschfeld	Greiz	765008	Am Brahmetal	40
76034	Kauern	Greiz	765004	Ländereck	40
76036	Korbußen	Greiz	765008	Am Brahmetal	40
76043	Linda b. Weida	Greiz	765004	Ländereck	40
76093	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	Greiz			40
76055	Paitzdorf	Greiz	765004	Ländereck	40
76058	Pölzig	Greiz	765008	Am Brahmetal	40
76059	Reichstädt	Greiz	765008	Am Brahmetal	40
76061	Ronneburg, Stadt	Greiz			40
76062	Rückersdorf	Greiz	765004	Ländereck	40
76067	Schwaara	Greiz	765008	Am Brahmetal	40
76069	Seelingstädt	Greiz	765004	Ländereck	40
76074	Teichwitz	Greiz	765004	Ländereck	40
Wahlkreis 41 Gera I					
Gera 1					
52000	Aga, Cretzschwitz, Ernsee, Frankenthal, Hain, Hermsdorf, Milbitz, Roben, Röpsen, Rubitz, Scheubengrobsdorf, Söllnitz, Thieschitz, Trebnitz, Windischenbernsdorf	Gera, Stadt			41
Wahlkreis 42 Gera II					
Gera 2					
52000	Alt-Taubenpreskeln, Dürrenebersdorf, Falka, Gera, Kaimberg, Langengrobsdorf, Lietzsch, Naulitz, Poris-Lengefeld, Thränitz, Weißig, Zeulsdorf, Zschippem	Gera, Stadt			42
Wahlkreis 43 Altenburger Land I					
77003	Dobitschen	Altenburger Land			43
77008	Göhren	Altenburger Land	775005	Rositz	43
77009	Göllnitz	Altenburger Land	775005	Rositz	43
77012	Gößnitz, Stadt	Altenburger Land			43
77016	Heukewalde	Altenburger Land	775009	Oberes Sprottental	43
77017	Heyersdorf	Altenburger Land			43
77018	Jonaswalde	Altenburger Land	775009	Oberes Sprottental	43

Nr.	Gemeinde	Kreisfreie Stadt/Landkreis	VG-Nr.	Verwaltungsgemeinschaft	WK-Nr.
77022	Kriebitzsch	Altenburger Land	775005	Rositz	43
77026	Löbichau	Altenburger Land	775009	Oberes Sprottental	43
77027	Lödla	Altenburger Land	775005	Rositz	43
77028	Lucka, Stadt	Altenburger Land			43
77031	Mehna	Altenburger Land	775005	Rositz	43
77032	Meuselwitz, Stadt	Altenburger Land			43
77034	Monstab	Altenburger Land	775005	Rositz	43
77039	Ponitz	Altenburger Land			43
77041	Posterstein	Altenburger Land	775009	Oberes Sprottental	43
77042	Rositz	Altenburger Land	775005	Rositz	43

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Thüringer Verwaltungskostenordnung
für das amtliche Vermessungswesen
Vom 8. April 2024**

Aufgrund des § 34 Nr. 1 des Thüringer Vermessungs- und Geoinformationsgesetzes vom 16. Dezember 2008 (GVBl. S. 574), zuletzt geändert durch Artikel 42 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731), und des § 23 Nr. 3 des Thüringer Gesetzes über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 22. März 2005 (GVBl. S. 115), zuletzt geändert durch Artikel 43 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731), verordnet das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Artikel 1

Die Thüringer Verwaltungskostenordnung für das amtliche Vermessungswesen vom 29. Januar 2010 (GVBl. S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. November 2016 (GVBl. S. 564), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 werden die Worte "und der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure" durch die Worte "sowie der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure" ersetzt.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird das Wort "und" am Ende durch ein Komma ersetzt.
 - b) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
 - c) Folgende Nummern 3 und 4 werden angefügt:

"3. Präsentationsausgaben aus den Datenbanken des Liegenschaftskatasters, die in Kommunikationsnetzwerken bereitgestellt werden und keine personenbezogenen Daten nach § 18 Abs. 2 des Thüringer Vermessungs- und Geoinforma-

tionsgesetzes (ThürVermGeoG) vom 16. Dezember 2008 (GVBl. S. 574) in der jeweils geltenden Fassung enthalten und

4. historische Karten des Liegenschaftskatasters und der Geotopographie, die in Kommunikationsnetzwerken bereitgestellt werden."

3. § 4 erhält folgende Fassung:

"§ 4

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils auch für Personen, die mit der Angabe 'divers' oder ohne eine Angabe des Geschlechts in das Geburtenregister eingetragen sind."

4. Die Anlage erhält folgende Fassung:

"Anlage
(zu § 1 Abs. 1)

Übersicht zum nachfolgenden Verwaltungskostenverzeichnis

- 1 Ausgaben aus den Vermessungspunktbanken
- 2 Ausgaben aus den Datenbanken des Liegenschaftskatasters
- 3 Ausgaben aus dem Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS®)
- 4 Aktualisierungen von Ausgaben aus den Datenbanken
- 5 Ausgaben aus dem Landesluftbildarchiv
- 6 Bereitstellung von Vermessungsunterlagen
- 7 Vermessungsleistungen
- 8 Übernahme von Liegenschaftsvermessungen und Bodenordnungsverfahren nach dem Baugesetzbuch
- 9 Sonstige öffentliche Leistungen
- 10 Gebühren nach dem Zeitaufwand
- 11 Auslagen

Gebührenstaffeln:

- Staffel A Zerlegungen
- Staffel B Grenzwiederherstellungen
- Staffel C Vermessungen lang gestreckter Anlagen
- Staffel D Gebäudeeinmessungen

Nummer	Gegenstand	Bemessungsgrund- lage	Gebühr/Auslage in Euro
1	2	3	4
1	Ausgaben aus den Vermessungspunktbanken - Öffentliche Leistungen aufgrund der §§ 18 bis 20 ThürVermGeoG		
1.1	Präsentationsausgaben aus den Vermessungspunktbanken		
1.1.1	Punktliste (Koordinatenverzeichnis)	je angefangene 50 Vermessungspunkte	20,00
1.1.2	Einzelnachweis einschließlich Punktbeschreibung	je Festpunkt	10,00
1.1.3	Festpunktübersichten		
1.1.3.1	bis einschließlich DIN A3	je Blatt	10,00
1.1.3.2	größer als DIN A3	je Blatt	20,00
1.2	Datensätze aus den Vermessungspunktbanken	Gebühr nach Nummer 10	mindestens 19,00
1.3	Daten des Satellitenpositionierungsdienstes der deutschen Landesvermessung (SAPOS®)	Gebühr nach Nummer 10	mindestens 19,00
2	Ausgaben aus den Datenbanken des Liegenschaftskatasters - Öffentliche Leistungen aufgrund der §§ 18 bis 20 ThürVermGeoG		
2.1	Präsentationsausgaben aus den Datenbanken des Liegenschaftskatasters		
2.1.1	Liegenschaftskarte		
2.1.1.1	bis einschließlich DIN A3	je Blatt	20,00
2.1.1.2	größer als DIN A3 bis einschließlich DIN A0	je Blatt	40,00

Nummer	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr/Auslage in Euro
1	2	3	4
2.1.2	Flurstücksnachweis	je Flurstück	10,00 mindestens 19,00
2.1.3	Flurstücks- und Eigentüternachweis	je Flurstück	10,00 mindestens 19,00
2.1.4	Bestandsnachweis	je Bestand	20,00
2.1.5	Ausgabe zur Bauvorlage	je Ausgabe	20,00
2.1.6	Mehrausfertigungen zu den Nummern 2.1.1 bis 2.1.5	je Mehrausfertigung 20 Prozent der Gebühr nach den Nummern 2.1.1 bis 2.1.5	
2.2	Datensätze aus den Datenbanken des Liegenschaftskatasters	Gebühr nach Nummer 10	mindestens 19,00
2.3	Ausgaben aus dem Zahlenwerk des Liegenschaftskatasters		
2.3.1	Vermessungsrisse und sonstige Zahlendokumentationen		
2.3.1.1	DIN A4	je Blatt	25,00
2.3.1.2	DIN A3	je Blatt	50,00
2.3.1.3	größer als DIN A3 bis einschließlich DIN A0	je Blatt	75,00
2.3.2	einzelne Maßzahlen	je Maßzahl	2,00 mindestens 19,00
2.4	Übermittlung der Daten aus dem Liegenschaftskataster im automatisierten Abrufverfahren		
2.4.1	bei jährlicher Zahlung	je Autorisierung jährlich	200,00
2.4.2	bei monatlicher Zahlung	je Autorisierung monatlich	20,00
2.5	Nutzung des Programms "Automatisiertes Liegenschaftsbuch - Auskunft (ALBA)"	je Lizenz	500,00
3	Ausgaben aus dem Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS®) - Öffentliche Leistungen aufgrund der §§ 18 bis 20 ThürVermGeoG		
3.1	ATKIS®-Präsentationsausgaben		
3.1.1	Topographische Karten mit Maßstäben größer oder gleich 1:100 000	je Kartenblatt	5,00 bis 8,00
3.1.2	Rad- und Wanderkarten (TK 50 W)	je Kartenblatt	6,00 bis 8,00
3.2	Übersichtskarten und thematische Übersichtskarten		
3.2.1	Übersichtskarten Thüringen 1:250 000 (ÜK Th 250)	je Kartenblatt	3,00 bis 8,00
3.2.2	Thematische Übersichtskarten Thüringen 1:250 000 (ÜK Th 250 T)	je Kartenblatt	3,00 bis 8,00
3.3	Historische Karten (HK) und historische Kartenreproduktionen		

Nummer	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr/Auslage in Euro
1	2	3	4
3.3.1	Einzelblätter	je Kartenblatt	3,00 bis 9,00
3.3.2	Reymann'sche Spezialkarte - 16 Blatt (HK 200 RSK)	je Kartenserie	34,00
3.4	ATKIS®-Präsentationsausgaben in Sonderblattschnitten	Gebühr nach Nummer 10	mindestens 19,00
3.5	Mehrfachabgaben von Produkten nach den Nummern 3.1 bis 3.3 an Endverbraucherinnen und Endverbraucher		
3.5.1	elf bis einschließlich 200 Exemplare	80 Prozent der Gebühr nach den Nummern 3.1 bis 3.3	
3.5.2	ab 201 Exemplaren	70 Prozent der Gebühr nach den Nummern 3.1 bis 3.3	
3.6	Abgaben von Produkten nach den Nummern 3.1 bis 3.3 an den Groß- und Einzelhandel	60 Prozent der Gebühr nach den Nummern 3.1 bis 3.3	
3.7	Datensätze aus den Datenbanken der amtlichen Geotopographie	Gebühr nach Nummer 10	mindestens 19,00
4	Aktualisierungen von Ausgaben aus den Datenbanken - Öffentliche Leistungen aufgrund der §§ 18 bis 20 ThürVermGeoG		
4.1	jede Aktualisierung	Gebühr nach Nummer 10	mindestens 19,00
5	Ausgaben aus dem Landesluftbildarchiv - Öffentliche Leistungen aufgrund der §§ 18 bis 20 ThürVermGeoG		
5.1	Analoge Ausgaben von Luftbildern und Orthophotos	je Ausgabe und je angefangenen dm ² Plotfläche	2,00 mindestens 19,00
5.2	Ausgaben von digitalen Luftbildern und Orthophotos	Gebühr nach Nummer 10	mindestens 19,00
6	Bereitstellung von Vermessungsunterlagen		
	<u>Anmerkung zu Nummer 6:</u>		
	Mit den Gebühren sind alle üblichen Leistungen abgegolten, insbesondere:		
	- der Zeitaufwand für die Zusammenstellung und Vervielfältigung der Unterlagen,		
	- die zur Durchführung des jeweiligen Antrags erforderlichen Ausgaben aus den Vermessungspunktbanken und Datenbanken des Liegenschaftskatasters in analoger oder digitaler Form,		
	- ein Eigentümerverzeichnis mit den Flurstücksbezeichnungen der betroffenen Flurstücke.		
6.1	für Liegenschaftsvermessungen nach § 9 Abs. 6 ThürVermGeoG		

Nummer	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr/Auslage in Euro
1	2	3	4
6.1.1	Zerlegungen, Grenzwiederherstellungen, Sonderungen und sonstige Liegenschaftsvermessungen	je Antrag	170,00
6.1.2	Vermessungen lang gestreckter Anlagen	je angefangene 500 m Achslänge	320,00
6.1.3	Gebäudeeinmessungen	je Antrag	75,00
6.2	für die Beglaubigung der liegenschaftskatasterrechtlichen Angaben bei der Anfertigung von Lageplänen zum Bauantrag nach § 7 Abs. 2 der Thüringer Bauvorlagenverordnung (Thür-BauVorVO) vom 23. März 2010 (GVBl. S. 129) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit § 2 Abs. 3 des Thüringer Gesetzes über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ThürGÖbVI) vom 22. März 2005 (GVBl. S. 115) in der jeweils geltenden Fassung	je Antrag	75,00
6.3	für verfahrenstechnische Leistungen in Bodenordnungsverfahren nach dem Ersten Kapitel Vierter Teil des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in der jeweils geltenden Fassung	Gebühr nach Nummer 10	
6.4	für gutachterliche Tätigkeiten als Sachverständige oder Sachverständiger vor Gericht nach § 2 Abs. 1 Nr. 6 ThürGÖbVI	je Gutachten	170,00
6.5	für Grenzanzeigen im Rahmen der Tätigkeit nach § 2 Abs. 3 ThürGÖbVI	je Antrag	170,00
7	Vermessungsleistungen		
7.1	Liegenschaftsvermessungen (ohne Abmarkungen) nach § 9 Abs. 6 ThürVermGeoG <u>Anmerkung zu Nummer 7.1:</u> Mit den Gebühren sind alle üblichen Leistungen abgegolten, insbesondere: - die häusliche Vorbereitung zur Durchführung der Vermessung, ohne die Bereitstellung von Vermessungsunterlagen, - die örtliche Messungsdurchführung, - die häusliche Auswertung der Vermessung, - der Arbeitskräfte-, Instrumenten-, Messfahrzeug- und Funktechnikeinsatz, - die Rüst- und Reisezeiten sowie unvermeidliche Wartezeiten bei Vermessungsleistungen, die nicht nach den Gebühren nach dem Zeitaufwand der Nummer 10 abgerechnet werden.		
7.1.1	Zerlegungen	Gebühr nach Staffel A	
7.1.2	Grenzwiederherstellungen	Gebühr nach Staffel B	
7.1.3	Vermessungen lang gestreckter Anlagen		
7.1.3.1	außerhalb geschlossener Ortslagen	Gebühr nach Staffel C	
7.1.3.2	innerhalb geschlossener Ortslagen	120 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.3.1	

Nummer	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr/Auslage in Euro
1	2	3	4
7.1.4	Gebäudeeinmessungen	Gebühr nach Staffel D	
7.1.5	Sonderungen		
7.1.5.1	außerhalb geschlossener Ortslagen	30 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.1	
7.1.5.2	innerhalb geschlossener Ortslagen	45 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.1	
7.1.6	sonstige Liegenschaftsvermessungen	Gebühr nach Nummer 10	
7.1.7	Liegenschaftsvermessungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsverfahren nach dem Baugesetzbuch		
7.1.7.1	Umlegungen nach den §§ 45 bis 79 BauGB		
7.1.7.1.1	Vermessung der Verfahrensgrenze	Gebühr nach Nummer 7.1.2	
7.1.7.1.2	Übertragung der Grenzen in die Örtlichkeit	Gebühr nach Nummer 7.1.6	
7.1.7.2	Vermessungen im Rahmen von vereinfachten Umlegungen nach den §§ 80 bis 84 BauGB	Gebühr nach Nummer 7.1.1	
7.2	Abmarkungen auf Antrag nach § 14 ThürVermGeoG		
7.2.1	im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Liegenschaftsvermessung nach den Nummern 7.1.1 bis 7.1.3, 7.1.7 oder 7.4	je abgemarkten Grenzpunkt	30,00
7.2.2	als öffentliche Leistungen im Nachgang zu einer abgeschlossenen Liegenschaftsvermessung nach den Nummern 7.1.1 bis 7.1.3, 7.1.7 oder 7.4 (Nachholung von zurückgestellten Abmarkungen)	Gebühr nach Nummer 10	
7.3	Beglaubigung der liegenschaftskatasterrechtlichen Angaben bei der Anfertigung von Lageplänen zum Bauantrag nach § 7 Abs. 2 ThürBauVorlVO in Verbindung mit § 2 Abs. 3 ThürGÖbVI		
7.3.1	amtliche Bescheinigung "Liegenschaftskarte für Planungszwecke geeignet"		
7.3.1.1	ohne besonderen Aufwand	je Antrag	30,00
7.3.1.2	zusätzlicher besonderer Aufwand	Gebühr nach Nummer 10	
7.3.2	amtliche Lagepläne zum Bauantrag (liegenschaftskatasterrechtlicher Teil)		
7.3.2.1	ohne örtliche Vermessung und mit Berechnung der Grenzen nach Katasternachweis	30 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.2	
7.3.2.2	mit örtlicher Vermessung	60 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.2	
7.4	Liegenschaftsneuvermessungen nach § 16 ThürVermGeoG	je Hektar	5 000,00 bis 22 000,00

Nummer	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr/Auslage in Euro
1	2	3	4
7.5	Grenzanzeigen im Rahmen der Tätigkeit nach § 2 Abs. 3 Thür-GÖbVI	60 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.2	
8	Übernahme von Liegenschaftsvermessungen und Bodenordnungsverfahren nach dem Baugesetzbuch - Öffentliche Leistungen aufgrund des § 11 ThürVermGeoG		
	<u>Anmerkung zu Nummer 8:</u>		
	Mit den Gebühren sind alle üblichen Leistungen abgegolten, insbesondere:		
	- die Prüfung der Übernahmefähigkeit der eingereichten Vermessungsschriften,		
	- die Fortführung des Liegenschaftskatasters,		
	- das Erstellen und Versenden der Erstaufertigungen der erforderlichen Benachrichtigungen an die Beteiligten, zum Beispiel Fortführungsnachweis bei Zerlegungen.		
8.1	Liegenschaftsvermessungen nach § 9 Abs. 6 ThürVermGeoG		
8.1.1	Zerlegungen	25 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.1	
8.1.2	Grenzwiederherstellungen	15 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.2	
8.1.3	Vermessungen lang gestreckter Anlagen	15 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.3	
8.1.4	Gebäudeeinmessungen	10 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.4	
8.1.5	Sonderungen	25 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.5	
8.1.6	sonstige Liegenschaftsvermessungen	15 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.1.6	
8.1.7	Abmarkungen im Nachgang zu einer abgeschlossenen Liegenschaftsvermessung	15 Prozent der Gebühr nach Nummer 7.2.2	
8.2	Bodenordnungsverfahren nach dem Baugesetzbuch		verwaltungskostenfrei
9	Sonstige öffentliche Leistungen		
9.1	Beglaubigungen, Bescheinigungen und Auskünfte nach § 18 ThürVermGeoG		
9.1.1	Beglaubigungen von Ausgaben aus den Datenbanken des Liegenschaftskatasters oder von sonstigen Unterlagen	je Beglaubigung	7,50
9.1.2	Bescheinigungen		
9.1.2.1	ohne besonderen Aufwand	je Bescheinigung	30,00
9.1.2.2	zusätzlicher besonderer Aufwand	Gebühr nach Nummer 10	

Nummer	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr/Auslage in Euro
1	2	3	4
9.1.3	Erteilung von Auskünften für die 15 Minuten übersteigende Zeitdauer	Gebühr nach Nummer 10	
9.1.4	Bereitstellung von Unterlagen für die Selbstentnahme für die 15 Minuten übersteigende Zeitdauer	je 15 Minuten 10 Prozent der Gebühr nach Nummer 10	
9.2	Entscheidung über die Erteilung eines Unschädlichkeitszeugnisses nach den §§ 28 bis 31 ThürVermGeoG	je beteiligter Rechtsinhaberin oder beteiligtem Rechtsinhaber	45,00 mindestens 220,00
9.3	Berichtigung von Datenbanken aufgrund von Gebiets- oder Bestandsänderungen nach § 9 Abs. 1 und 2 der Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41) in der jeweils geltenden Fassung		verwaltungskostenfrei
10	Gebühren nach dem Zeitaufwand - Sonstige Tätigkeiten und Leistungen nach dem Thüringer Vermessungs- und Geoinformationsgesetz, wenn für die Art der öffentlichen Leistung kein besonderer Gebührenansatz in den Nummern 1 bis 9 festgelegt ist		
10.1	Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, verbeamtete Personen des höheren technischen Dienstes im Fachgebiet Geodäsie und Geoinformation und vergleichbare Tarifbeschäftigte	je 15 Minuten	27,50
10.2	Messtruppführerinnen und Messtruppführer, technische Fachkräfte, verbeamtete Personen des gehobenen technischen Dienstes im Fachgebiet Geodäsie und Geoinformation und vergleichbare Tarifbeschäftigte	je 15 Minuten	21,50
10.3	sonstige technische Kräfte, Bürokräfte, verbeamtete Personen des mittleren technischen Dienstes im Fachgebiet Geodäsie und Geoinformation und vergleichbare Tarifbeschäftigte	je 15 Minuten	17,00
10.4	Messgehilfinnen und Messgehilfen und entsprechend eingesetzte Kräfte	je 15 Minuten	13,50
11	Auslagen		
	Zusätzlich zu den Gebühren nach den Nummern 1 bis 10 sind folgende Auslagen zu erheben:		
11.1	Entgelte für Post- und Telekommunikationsleistungen, soweit sie das bei der jeweiligen öffentlichen Leistung übliche Maß übersteigen	in voller Höhe	
11.2	Aufwendungen für besonderes Verpackungsmaterial, beispielsweise Kartenrollen	in voller Höhe	
11.3	Aufwendungen für Abmarkungs- und Vermarkungsmaterial	in voller Höhe	
11.4	Aufwendungen für Datenträger, ausgenommen geringwertige Speichermedien	in voller Höhe	

Nummer	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr/Auslage in Euro
1	2	3	4
11.5	Beträge, die anderen Behörden, Stellen oder Personen für ihre Tätigkeit zustehen, sofern sie von der Verwaltungskostenschuldnerin oder dem Verwaltungskostenschuldner nicht direkt erhoben werden können	in voller Höhe	
11.6	sonstige Auslagen, sofern sie zur Erledigung der öffentlichen Leistung erforderlich waren	in voller Höhe	

**Staffel A
Zerlegungen**

Gebühr in Euro = Tabellenwert (nach Vermessungsfläche und Bodenrichtwertstufe) x Multiplikator (nach Anzahl der anzusetzenden Flurstücke) x Reduktionsfaktor im Koordinatenkataster

Vermessungsfläche bis einschließlich in m ²	Bodenrichtwert in Euro/m ²				
	bis 5	> 5 - 25	> 25 - 100	> 100 - 250	> 250
50	745	845	960	1 090	1 160
100	960	1 085	1 215	1 385	1 465
250	1 200	1 355	1 525	1 690	1 745
500	1 590	1 765	2 005	2 215	2 330
1 000	2 020	2 265	2 570	2 900	2 980
2 500	2 640	2 945	3 290	3 595	3 765
5 000	3 340	3 710	4 180	4 585	4 795
10 000	4 225	4 710	5 300	5 810	5 955
25 000	5 270	5 885	6 585	7 340	7 555
50 000	6 500	7 235	8 185	9 170	9 440
100 000	8 085	9 085	10 275	11 620	11 915
je weitere 50 000	+ 755	+ 890	+ 995	+ 1 160	+ 1 175

Anzahl der anzusetzenden Flurstücke	1 und 2	> 2
Multiplikator	1,0	0,8 x Wurzel aus Flurstücksanzahl

Prozentualer Anteil des Koordinatenkatasters	Reduktionsfaktor
< 100 Prozent	1,0
100 Prozent	0,75

Anmerkungen zu Staffel A:

- Der Bodenrichtwert ist der aktuelle Wert aus der Bodenrichtwertkarte zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung. Bei unterschiedlichen Bodenrichtwerten innerhalb eines zusammenhängenden Vermessungsgebietes ist die Gebühr mit einem mittleren Bodenrichtwert anteilig zur Vermessungsfläche zu bestimmen. Liegt kein Bodenrichtwert vor, ist ein benachbarter beziehungsweise vergleichbarer Wert zugrunde zu legen.
- Die Vermessungsfläche ist die Summe der Flächen aller anzusetzenden Flurstücke.
- Den anzusetzenden Flurstücken ist in der Regel die Anzahl der neu gebildeten Flurstücke zugrunde zu legen. Als neu gebildetes Flurstück gilt jedes beantragte Flurstück (Trennstück) beziehungsweise jedes Flurstück, an dessen Entstehung ein Interesse der Antragstellerin oder des Antragstellers dargelegt oder anzunehmen ist. Sogenannte Reststü

cke sind dann mit einzubeziehen, wenn die Wiederherstellung der Grenzpunkte des Reststücks beziehungsweise der Reststücke nach den vermessungstechnischen Vorschriften erforderlich ist.

4. Der Multiplikator ist auf eine Stelle nach dem Komma zu berechnen beziehungsweise zu runden. Bei der Bildung von zwei Flurstücken ohne Bestimmung des Reststücks oder der Reststücke ist der Multiplikator bereits ab dem zweiten betroffenen Flurstück anzusetzen.
5. Der Reduktionsfaktor bleibt bei Sonderungen nach Nummer 7.1.5 (Zerlegungen ohne örtliche Vermessung) unberücksichtigt.

Staffel B Grenzwiederherstellungen

Gebühr in Euro = Teilgebühr A (Grundaufwand nach Bodenrichtwertstufen) + gegebenenfalls Teilgebühr B (Anzahl der anzusetzenden Grenzpunkte x Tabellenwerte nach Bodenrichtwertstufen) + gegebenenfalls Teilgebühr C (Grenzlänge x Tabellenwerte nach Bodenrichtwertstufen)

Teilgebühr	Bodenrichtwert in Euro/m ²				
	bis 5	> 5 - 25	> 25 - 100	> 100 - 250	> 250
A Grundaufwand	685	785	890	1 005	1 065
B 1 je anzusetzendem Grenzpunkt im herkömmlichen Kataster					
zwei bis 15 Grenzpunkte	180	240	310	380	440
ab dem 16. Grenzpunkt	95	120	160	190	215
B 2 je anzusetzendem Grenzpunkt im Koordinatenkataster					
zwei bis 15 Grenzpunkte	140	180	240	290	330
ab dem 16. Grenzpunkt	70	95	120	145	165
C je angefangenen 50 m Grenzlänge (ab zwei Grenzpunkten)	265	325	380	465	510

Anmerkungen zu Staffel B:

1. Als anzusetzende Grenzpunkte zählen die Grenzpunkte, die antragsgemäß zu untersuchen sind. Zur sachgemäßen Erledigung des Antrags mit überprüfte, benachbarte Grenzpunkte zählen nicht mit. Der erste Grenzpunkt ist im Grundaufwand enthalten.
2. Die Grenzlänge ist die Summe der Längen aller Grenzen zwischen den anzusetzenden Grenzpunkten. Dabei ist es unerheblich, ob sich zwischen den anzusetzenden Grenzpunkten noch weitere, nicht beantragte Grenzpunkte befinden.
3. Bei in direktem zeitlichen und örtlichen Zusammenhang gemeinsam ausgeführten Vermessungsleistungen nach Nummer 7.1.1 (Zerlegungen) und Nummer 7.1.2 (Grenzwiederherstellungen) beziehungsweise Nummer 7.5 (Grenzanzeigen) auf einem oder mehreren unmittelbar benachbarten Flurstücken einer Verwaltungskostenschuldnerin oder eines Verwaltungskostenschuldners wird die Teilgebühr A (Grundaufwand) nicht und die Teilgebühr B bereits ab dem ersten Grenzpunkt berücksichtigt.

Staffel C
Vermessungen lang gestreckter Anlagen

Gebühr in Euro = Summe der Tabellenwerte (nach Art der lang gestreckten Anlage) für Teilgebühr A (nach der Achslänge) + Teilgebühr B (nach der Grenzlänge) + Teilgebühr C (nach der Anzahl der anzusetzenden Flurstücke)

Teilgebühr	Art der lang gestreckten Anlage			
	I Bundes- autobahnen und Bundes- wasserstraßen	II Bundesstraßen, Bahnanlagen (Hauptstrecken) und Gewässer erster Ordnung	III Landes-, Kreis- und Gemeinde- straßen, Bahnanlagen (Nebenstrecken) und sonstige nicht überschreitbare Gewässer	IV Wege, sonstige Straßen und sons- tige überschreitba- re Gewässer
A je angefangene 500 m Achslänge	1 525	1 035	745	525
B je angefangene 50 m Grenzlänge	615	485	425	400
C je anzusetzendem Flurstück	345	260	215	195

Anmerkungen zu Staffel C:

- Die Achslänge der in einem Zuge vermessenen lang gestreckten Anlage kann in der Regel aus einer geeigneten Karte entnommen werden. Nur in Ausnahmefällen, beispielsweise bei kurvenreichen Straßen, soll die Länge aus der Summe der Teilstrecken ermittelt werden.
- Die Grenzlänge von lang gestreckten Anlagen wird durch die Längen der die Anlage abgrenzenden neuen und auf Antrag wiederhergestellten Flurstücksgrenzen gebildet.

Staffel D
Gebäudeeinmessungen

Gebühr in Euro = Tabellenwert (nach Rohbauwert der baulichen Anlage)

Rohbauwert der baulichen Anlage oder Anlagen in Euro bis einschließlich	Einmessung der baulichen Anlage oder Anlagen	
	für ein Flurstück	für mehrere Flurstücke (Sammleinmessungen) ab zwei Flurstücken
1	2	3
17 500	265	220
45 000	495	425
175 000	825	710
450 000	1 530	1 300
900 000	2 185	1 855
1 750 000	2 770	2 350
4 500 000	4 075	3 465
9 000 000	5 385	4 580
13 500 000	6 700	5 690
über 13 500 000	1,85 x Wurzel aus Rohbauwert	1,57 x Wurzel aus Rohbauwert

Anmerkungen zu Staffel D:

1. Es soll in der Regel der von der Eigentümerin oder dem Eigentümer beziehungsweise der Antragstellerin oder dem Antragsteller mitgeteilte Rohbauwert angesetzt werden. In Zweifelsfällen kann der Rohbauwert durch Multiplikation des Brutto-Rauminhalts der baulichen Anlage mit dem abhängig von der Gebäudeart anrechenbaren Bauwert in Euro je m³ nach § 38 Abs. 1 der Thüringer Verordnung über die Prüfsachverständigen vom 22. Februar 2018 (GVBl. S. 47) in der jeweils geltenden Fassung ermittelt werden. Ist danach der anrechenbare Bauwert nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand bestimmbar, sind als Rohbauwert 40 Prozent der Herstellungskosten anzusetzen.
2. Bei baulichen Anlagen mit einem Rohbauwert von über 13,5 Millionen Euro werden die nach den Spalten 2 und 3 berechneten Gebühren auf volle 10 Euro-Beträge kaufmännisch auf- beziehungsweise abgerundet.
3. Werden mehrere Gebäude oder sonstige bauliche Anlagen auf einem Flurstück, das ist in der Regel jedes mit einer Hausnummer bezeichnete Gebäude einschließlich der zugehörigen Nebengebäude, gleichzeitig eingemessen, sind die entsprechenden Rohbauwerte zu addieren und mit dieser Summe der Rohbauwerte die Gebühr nach Spalte 2 zu ermitteln.
4. Der Ansatz der Gebühren nach Spalte 3 für Sammeleinmessungen erfolgt bei zwei oder mehreren unmittelbar aneinandergrenzenden Flurstücken unabhängig von den Eigentumsverhältnissen, wenn die Einmessungen zeitlich im Zusammenhang durchgeführt werden."

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Erfurt, den 8. April 2024

Die Ministerin für Infrastruktur
und Landwirtschaft

S. Karawanskij

Herausgeber und Verleger: Thüringer Landtag.

Druck: Gebr. Frank, 07545 Gera. Erscheinungsweise nach Bedarf.

Verantwortlich für den Inhalt:

1. Der Thüringer Landtag für die Gesetze.
2. Die Thüringer Staatskanzlei für die Rechtsverordnungen der Landesregierung, der Minister und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 43,46 Euro. Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Landtagsverwaltung vorliegen. Auslieferung von Einzelstücken durch die Landtagsverwaltung. Preis je Doppelseite: 0,15 Euro zuzüglich Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.

Postanschrift: Verwaltung des Thüringer Landtags, 99096 Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Tel.: (0361) 3772066, Fax: (0361) 3772016